

# SCHEINWERFER

DAS MAGAZIN GEGEN KORRUPTION JUNI 2020 – 25. JAHRGANG

87



Bild: Adobe Stock / Antonio

THEMENSCHWERPUNKT

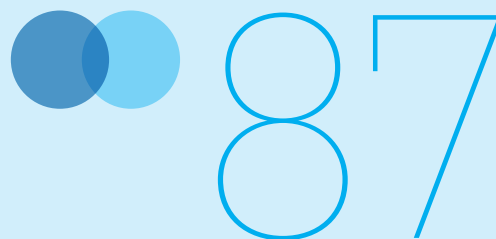
## Transparenz in Zeiten von Corona

**TRANSPARENCY  
INTERNATIONAL**  
Deutschland e.V.  
Die Koalition gegen Korruption.

Keine Pandemie-  
Entscheidung ohne  
Interessenkonflikte  
[Seite 6](#)

Interview mit  
Gerhard Schick über  
den Finanzsektor  
[Seite 7](#)

Corona und Presse-  
freiheit: Gradmesser  
einer Gesellschaft  
[Seite 10](#)



# Inhalt

## Themenschwerpunkt: Transparenz in Zeiten von Corona

Welche Bedeutung hat die Pandemie für unsere Gesellschaft und für Transparency Deutschland? .....	4
Lobbyismus in heutiger Zeit: Nun rächt sich das jahrzehntelang Versäumte .....	5
Keine Pandemie-Entscheidung ohne Interessenkonflikte .....	6
Interview mit Gerhard Schick über die Auswirkungen der Krise auf den Finanzsektor .....	7
Informationelle Selbstbestimmung & Datenschutz: Pandemie mit erheblichen Risiken für die Grundrechte .....	8
Informationsfreiheit: Eine Frage von Leben und Tod während der Covid-19-Krise .....	9
Corona und Pressefreiheit: Gradmesser für den Zustand einer Gesellschaft .....	10
Interview mit József Péter Martin über die aktuelle Situation in Ungarn .....	11
Transformation im internationalen Handel – politischer Aufbruch oder Debakel? .....	12
Was lernt der Sport aus der Krise? .....	13

## Nachrichten und Berichte

Politik .....	14
Verwaltung .....	15
Wirtschaft .....	16
Finanzwesen .....	16
Hinweisgeber .....	17
International .....	18
Sport .....	18

## Gerichtsurteil im Fokus ..... 20

## Über Transparency

Vorstellung korporativer Mitglieder: Die Stadt Köln .....	21
Autos, Daten und Geschäftsmodelle .....	22
Transparency International auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2020 .....	23
Junge Aktive im Porträt: Louisa Schloussen .....	24
Führungskreistreffen 2020 – Im Zeichen der Strategie .....	25
Interdisziplinärer Austausch der neuesten Forschungsergebnisse zu Korruption .....	25
Vorstellung Nationaler Chapter: Transparency Belgien .....	26
Kampf gegen Spielmanipulation: Österreich macht es vor! .....	27
Der Beirat stellt sich vor: Klaus Staeck .....	28
Unabhängige Untersuchung des Verhaltens von Wolfgang Wodarg abgeschlossen .....	29
Gesucht: Ehrenamtliche Unterstützung für Hochschulwatch .....	29

## Rezension ..... 30

Editorial .....	3
Impressum .....	30

# Liebe Leserinnen und Leser,

würden Sie jemandem, den Sie nie gesehen haben, Ihr Geld anvertrauen? Einem völlig fremden Menschen Entscheidungen überlassen, an denen Ihr Leben hängen könnte? Natürlich nicht, ist man versucht auszurufen – aber natürlich tun wir genau das sehr häufig, wenn wir Geld überweisen, Kaufverträge mit uns fremden Personen schließen oder uns in einen ICE setzen.

In modernen Gesellschaften sind diese Alltagsgeschäfte abgesichert durch Regelwerke, Kontrollinstanzen und Sicherheitsmechanismen. Sie bilden eine Rückversicherung gegen die Möglichkeit, dass Waren nicht geliefert oder Sicherheitsvorschriften nicht eingehalten werden. Doch sind es die Regeln selbst, die Vertrauen schaffen? Ist es die Furcht der potentiellen Regelbrecher vor dem Risiko, entdeckt zu werden? Oder bilden Gesetze und Sicherheitsvorkehrungen nicht vielmehr unsere Grundannahme ab, dass eben diese Regeln in den meisten Fällen auch ohne Kontrolle eingehalten werden – dass also dem von uns investierten Vertrauen entsprechende Vorauszahlungen an Vertrauen von Anderen entsprechen?

Das gesellschaftliche Wechselspiel zwischen Vertrauen, freiwilliger Regelbeachtung und Kontrolle ist komplex. Ja, es ist geradezu ein Abbild komplexer und hoch arbeitsteiliger Gesellschaften – weswegen das heimliche Unterlaufen gesellschaftlicher Regeln und Absprachen diese komplexe Ordnung auch so gefährdet. Das ist auch der zentrale Grund, warum wir entschieden gegen Korruption vorgehen müssen.

An dieser Stelle tritt eine eigenartige Ambivalenz der für moderne Gesellschaften so wichtigen Leitwährung namens Vertrauen zutage: Vertrauen schafft Vertrauen. Oder sozialpsychologisch betrachtet – je höher das Vertrauensinvestment, desto schmerzlicher der Verlust, wenn dieses Vertrauen entzogen wird. Zugleich gilt aber auch: Misstrauen gebiert Misstrauen. Wem „alles zugetraut wird“, der hat nicht mehr viel an Anerkennung seiner Mitmenschen zu verlieren. Dies ist empirisch belegt: So sinkt in Gesellschaften, die auf Kriminalität mit

strikter Kontrolle und harter Repression reagieren, die Delinquenz nicht etwa, sondern sie steigt.


Vertrauen in staatliche Entscheidungen, in die Unabhängigkeit wissenschaftlicher Expertinnen und Experten, in die Wachsamkeit kritischer Medien: In der seuchenbedingten Fundamentalkrise unserer Gesellschaft wird dies auf eine harte Probe gestellt. So hart wir die aktuellen Einschnitte erleben – man kann die Pandemie auch als eine Art „Stresstest“ interpretieren, der aufzeigen wird, wie resilient, wie widerstandsfähig das Gewebe an sozialen Normen, gesetzlichen Regeln und Vertrauenskapital ist, das unsere Gesellschaft zusammenhält. Andere Krisen wie die Erderwärmung sind ja keineswegs ausgestanden.

Und weil in Krisenzeiten wie dieser alles so anders ist, dass diverse Bundesligen ohne Zuschauer auskommen müssen, haben wir uns entschieden, diesen Scheinwerfer Corona und den Folgen für das Thema Korruption zu widmen. Das eigentlich vorgesehene Schwerpunktthema Sport wird im kommenden Jahr nachgeholt.

Ihr  
Carel Carlowitz Mohn



Carel Carlowitz Mohn  
Stellvertretender Vorsitzender  
von Transparency Deutschland



# Welche Bedeutung hat die Pandemie für unsere Gesellschaft und für Transparency Deutschland?

HARTMUT BÄUMER

Unser Land erlebt derzeit eine Krise, wie es sie für die meisten Menschen nach 1945 nicht mehr gegeben hat. Die durch Covid-19 ausgelösten staatlichen Maßnahmen greifen in die Grundrechte ein wie nie zuvor. Sie treiben vor allem ärmere Bevölkerungsschichten und Kleinunternehmen finanziell und persönlich in existenzielle Nöte. Der Zwang, fehlende Schutzmaterialien um jeden Preis zu erwerben und eine Subventionspolitik ungekannten Ausmaßes lassen die Korruptionsrisiken greifbar ansteigen.

Ob die harten Einschnitte, für die sich die deutsche Politik mit den meisten anderen Staaten und der großen Mehrheit der Wissenschaftler entschieden hat, gerechtfertigt sind, lässt sich heute nicht einfach mit „Ja“ oder „Nein“ beantworten. Dies wird erst ex post möglich sein, wenn belastbare Daten vorliegen.

Die Fragen mit und um Corona beschäftigen auch uns bei Transparency Deutschland, angefangen bei der Einschätzung von Covid-19 als lebensgefährdende Pandemie oder als „nur“ normale Influenza, wie wir sie alle paar Jahre erleben. Insgesamt zeichnet sich ab, dass intransparente Entscheidungswege zunehmend kritisiert werden und die unüberschaubare Subventionspolitik Lobbyismus, Korruption und Trittbrettfahrerei begünstigen kann.

Festzuhalten bleibt aber, dass die Maßnahmen – und mehr noch ihre gesellschaftliche Akzeptanz – ein nie dagewesener Akt gesellschaftlicher Solidarität zugunsten der Minderheit der Risikogruppen darstellen. Die Erfahrung der Verletzlichkeit jeder und jedes Einzelnen hat in einem ersten Schritt weltweit ein völkerübergreifendes Bewusstsein dafür gestärkt, nur gemeinsam einer so großen Herausforderung gewachsen zu sein. In diesem Wissen um die Vulnerabilität aller liegt eine Chance, aus dieser Krise anders als bei der Finanzkrise vor zehn Jahren Schlüsse zu ziehen und den Fehlentwicklungen im Bereich der Globalisierung, der Finanzwirtschaft und der Marktregulierung entgegenzuwirken.

Nachdem die erste Phase der Reaktion auf Covid-19 vorüber ist, steht eine gesellschaftliche Bewertung der bisherigen Maßnahmen und ein Ausblick auf die Zukunft an.

Sofortmaßnahmen und Soforthilfen führten zu einer Abflachung der exponentiellen Wachstumskurve und einer ersten Entlastung der vom Lockdown am meisten betroffenen Menschen. Im Hinblick auf die Folgen des Lockdowns steht nun eine Politik mit Augenmaß für alle gesellschaftlich betroffenen Belange und eine breite Diskussion über den zukünftigen Weg an.

# Lobbyismus in heutiger Zeit: Nun rächt sich das jahrzehntelang Versäumte

WOLFGANG JÄCKLE

Kurzfristig ist zu entscheiden, wie konkret die weiteren Schritte einer Lockerung der Freiheitseinschränkungen aussehen könnten und wie Hilfsmaßnahmen für Unternehmen und Individuen jenseits von „Subventionsorgien“ aussehen müssen. Wir von Transparency fordern, dass Hilfgelder transparent und nachvollziehbar an diejenigen ausgeschüttet werden, die ihrer bedürfen. Hier zeichnen sich bereits heute Fehlentwicklungen ab, die auch solche begünstigen, die ohne konkrete Nachweise am lautesten um Hilfe rufen.

Einer dauerhaften Einschränkung wesentlicher Freiheitsrechte wie der Meinungs-, Berufs-, Bewegungs-, Demonstrations-, Eigentums- oder Religionsfreiheit müssen wir als Organisation und als Individuen unserer eigenen Handlungsfähigkeit willen entgegentreten. Nicht akzeptabel ist eine seuchenpolitisch begründete Subventionspolitik ohne transparente staatliche Kontrolle und gesellschaftliche Debatte, wer für die Kosten später aufkommen soll.

Der verfassungsrechtliche Schutz von Leben und Gesundheit steht nicht über den anderen Grundrechten, wie Wolfgang Schäuble richtig betont hat. Er konkurriert mit diesen im Sinne einer Güterabwägung, was auch bedeutet, dass andere existenzielle Grundlagen des Zusammenlebens wieder mehr Beachtung finden müssen.

Mittel- und langfristig geht es tiefgehend um gesellschaftliche Zukunftsvisionen: Zurück zum simplen „status quo ante“ oder in Richtung einer Bereitschaft zu neuem Denken im Sinne des Bundespräsidenten: Nach der Coronakrise sollte nichts mehr so sein, wie vor ihr.

Die Automobilindustrie, der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sowie einige Politikerinnen und Politiker fordern ein rasches Zurück zum „Status quo ante“, neue Wachstumsraten von sechs und mehr Prozent sollen die Delle der Pandemie schnellstens ausgleichen.

Das ist aus der Sicht aller derjenigen, die sich um die Zukunft des Planeten, um den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft oder um die Einschränkung von Korruptionsrisiken sorgen, keine akzeptable Perspektive. Die Lockerung von Auflagen zum Klimaschutz, staatliche Milliardensubventionen für Abwrackprämien oder Kurzarbeit in Automobilkonzernen, die hohe Dividenden und Boni ausschütten, führen klimapolitisch weiter ins Abseits und befördern die Diskrepanz zwischen arm und reich. Lassen sie uns als zivilgesellschaftliche Organisation gemeinsam einer solchen Fehlentwicklung entgegensteuern. In den weiteren Beiträgen dieser Ausgabe zeigen die Autorinnen und Autoren konkrete Korruptionsrisiken und Wege zu ihrer Vermeidung auf.

**Hartmut Bäumer ist Vorsitzender von Transparency Deutschland.**

In diesen Tagen schlägt die Stunde der Lobbyisten wie noch niemals zuvor. Einige scheinen die finanziellen Ressourcen des Staates als unerschöpflich anzusehen und fordern auf das Entschiedenste die Befriedigung ihres jeweiligen Partikularinteresses ein. Schwer zu trennen ist hierbei, was tatsächlich der durch die Krise verursachten Not geschuldet ist, und in welchen Fällen Corona lediglich als willkommenes Vehikel zur Durchsetzung alter, davon unabhängiger Forderungen benutzt wird. In Windeseile verabschiedete Maßnahmenpakete und die Verteilungsdebatten in Corona-Zeiten bergen Risiken einseitiger Einflussnahme.

Ein Beispiel: Der Agrarlobby gelingt es laut DER SPIEGEL bereits seit Jahrzehnten, die Umsetzung der EU-Nitratrüchlinie zu blockieren. Die Lobbyorganisation der deutschen Bauern *Land schafft Verbindung* fordert eine Verschiebung der Düngemittelverordnung und droht angesichts der Coronakrise damit, die Lebensmittelproduktion zu reduzieren. Offensichtlich wird hier die Krise zur Verfolgung eines massiven Eigeninteresses genutzt.

Dabei müssen gerade jetzt politische Entscheidungsprozesse transparent gestaltet und alle zivilgesellschaftlichen Akteure beteiligt werden. Umso nachteiliger schlägt zu Buche, dass sich in Deutschland die Tätigkeit der Lobbyisten immer noch in einer Zone mangelnder Transparenz bewegt, welche die EU sowie andere Länder wie Frankreich, Irland oder Großbritannien schon längst verlassen haben.

Während in Brüssel wie in Straßburg ein Lobbyist keinen Gesprächstermin mit einer hochrangigen Politikerin bzw. einem hohen Politiker bekommt, der nicht in das EU-Transparenzregister eingetragen ist, fehlt es in Deutschland an einem solchen Register für Lobbyisten. Dies öffnet der Intransparenz mit all ihren Korruptionsgefahren Tür und Tor.

Ganz zu schweigen von der Verpflichtung für EU-Kommissionsmitglieder, ihre Kabinettsmitglieder sowie Generaldirektoreninnen und Generaldirektoren, derartige Treffen online zu veröffentlichen und hierbei anzugeben, mit wem, wann und wo sich getroffen haben und was das Gesprächsthema gewesen ist. Transparency Deutschland fordert die schnellstmögliche Herstellung eines vergleichbaren Transparenzniveaus auch in Deutschland, um den drohenden immensen Schaden für den Steuerzahler abzuwenden.

**Dr. Wolfgang Jäckle leitet die Arbeitsgruppe Politik von Transparency Deutschland.**

# Keine Pandemie-Entscheidung ohne Interessenkonflikte

ROLF BLAGA

Wenn die Weltgesundheitsorganisation (WHO) eine Pandemie ausruft, schrillen bei Korruptionswächtern die Alarmglocken, denn Milliardenbeträge fließen zusätzlich ins Gesundheitssystem. Pharmafirmen verdienen daran, wenn weltweit Menschen auf das Virus getestet, behandelt oder geimpft werden. Die Schweinegrippe-Pandemie im Jahr 2009 ließ Zweifel aufkommen, wie neutral und unabhängig die Entscheidungen der WHO tatsächlich sind. Transparency Deutschland und andere Nichtregierungsorganisationen fordern seit Langem, Interessenkonflikte und Entscheidungsprozesse offenzulegen – mit mäßigem Erfolg. Die Pandemie-Entscheidungen der WHO müssen in jedem Einzelfall kritisch durchleuchtet werden.

Renommierte Virologen und Infektionsforscher, die die WHO als Berater benötigt, haben heutzutage immer wieder enge Kontakte zur Industrie. So auch im Jahr 2009, als die Pandemie-Richtlinien erarbeitet und die Schweinegrippe-Pandemie ausgerufen wurde. Später kam heraus, dass einige gleichzeitig Geld von Impfstoff-Herstellern bezogen.

Den Experten wurde vorgeworfen, mit übertriebenen Prognosen Angst verbreitet zu haben. Diese verteidigten sich damit, dass niemand genau voraussagen könne, wie sich ein neues Virus auswirkt. Kritiker verwiesen darauf, dass das Virus gerade nicht unbekannt gewesen sei. Am Ende sprach die WHO davon, dass weltweit 18.631 Menschen an der Schweinegrippe gestorben seien. Im Jahr 2013 korrigierte eine internationale Studie (GLaMOR Project) die Zahl auf mindestens 203.000 Schweinegrippe-Tote.

Die WHO gilt nicht mehr als völlig unabhängig. Da der Anteil der Pflichtbeiträge der Mitgliedstaaten am Budget kontinuierlich sinkt, kommen mittlerweile 80 Prozent (Stand 2018) von Sponsoren, die festlegen, wofür das Geld verwendet wird. In den Gremien sitzen Personen, die mit Konzernen und Stiftungen eng verbunden sind. Der Einfluss von Pharmafirmen ist unbestritten. Seit Mai 2016 werden von der WHO nichtstaatliche Akteure als „Partner“ eingestuft, mit denen „gemeinsame Belange“ gelöst werden. Damit ist es kaum noch möglich, Interessenkonflikte und Loyalitätsprobleme zu problematisieren.

Erschüttert wurde das Vertrauen in die WHO und Zulassungsbehörden beim Medikament Tamiflu® der Firma Roche. Im Jahr 2009 hatten Regierungen dafür weltweit Milliardenbeträge ausgegeben, um die Bevölkerung vor schweren Komplikationen durch die Schweinegrippe zu schützen. Die unabhängige Cochrane Collaboration deckte auf, dass die Studiendaten von Roche unvollständig waren und es keine Hinweise auf die Wirksamkeit des Medikaments gab.

Die WHO hatte schon bei früheren Pandemien versagt: Risiken wurden falsch eingeschätzt, umstrittene oder von Pharmafir-

men gespendete Medikamente empfohlen, notwendige Maßnahmen zu spät eingeleitet. Die Entscheidung, eine Pandemie auszurufen, wird von vielen Akteuren beeinflusst. Inwieweit Korruption dabei eine Rolle spielt, muss in jedem Fall neu überprüft werden: vorurteilsfrei, kompetent und professionell – wohlwissend, welche mächtigen Lobbygruppen im Hintergrund wirken.

**Rolf Blaga ist Mitglied von Transparency Deutschland.**

## Empfehlungen zur Korruptionsprävention in Zeiten von Corona

NATALIE RHODES

- **Vollständige Transparenz und Zugang zu Forschungsergebnissen und klinischen Studien**  
Regierungen sollten Sanktionen verhängen, wenn klinische Studien innerhalb von 12 Monaten nach Fertigstellung nicht veröffentlicht werden.
- **Strenge Überprüfung aller Forschungsarbeiten**  
Es muss strenge Überprüfungsprozesse und regulierte Verfahren geben, um eine hohe methodische Qualität zu gewährleisten.
- **Offene und transparente Beschaffungsprozesse**  
Offene Auftragsvergaben verringern das Risiko für Absprachen mit Anbietern fehlerhafter Produkte und machen Entscheidungsverfahren transparent.
- **Verhinderung von Preistreiberei und unethischem Profit mit Medizinprodukten und -dienstleistungen**  
Über eine Hotline sollten Bürgerinnen und Bürger Preistreiberei und überhöhte Preise melden können. Darüber hinaus gilt es, Höchstpreise für Produkte festzulegen und mit der Wirtschaft zur Beseitigung von überbewerteten Produkten zusammenzuarbeiten.
- **Hinweisgeberschutz**  
Wir brauchen bessere Mechanismen für Hinweisgeber, um diejenigen, die über Korruption berichten, besser zu schützen und Menschen zu ermutigen, Missstände zu melden.
- **Sensibilisierung für Korruption und Bewusstsein für Rechte im Gesundheitswesen schaffen**

Natalie Rhodes ist Policy Officer bei der Transparency International Health Initiative. Die Empfehlungen sind ein Auszug aus ihrem Blogbeitrag [„Coronavirus: The perfect incubator for corruption in our health systems? 7 key COVID-19 points to consider“](#) vom März 2020.

# „Gewinne privatisieren und Verluste sozialisieren, das sollte nicht wieder das Motto sein“

Im Gespräch mit **Gerhard Schick**, Vorstand der Bürgerbewegung Finanzwende, über die Auswirkungen der Corona-Krise auf den Finanzsektor und die bisher ergriffenen Maßnahmen

INTERVIEW: STEPHAN KLAUS OHME

**Lieber Herr Schick, die Krise betrifft alle Akteure, die für das Wirtschaftsleben unverzichtbar sind: Privathaushalte, Unternehmen, Finanzsektor, Staat und wichtige deutsche Handelspartner wie China und die Vereinigten Staaten. Gerade für mittelständische Unternehmen ist es von existentieller Bedeutung, trotz wegbrechender Umsätze liquide zu bleiben. Vorgehen ist eine vorübergehende Lockerung der Bankenregulierung, wie beurteilen Sie das?**

Es ist richtig, gewisse Lockerungen vorzunehmen, um zu verhindern, dass die Krise im Finanzbereich unnötig großen Schaden anrichtet. Die Banken sollen der Realwirtschaft die nötige Liquidität zur Verfügung stellen. Wenn in dieser Krisensituation beispielsweise die Anforderungen an das haftende Kapital sogar erhöht würden, wäre das natürlich kontraproduktiv. Aber wie schnell nun von der Aufsicht reagiert werden musste, wie gigantisch die Maßnahmen von Regierungen und Zentralbanken sein mussten, zeigt, wie instabil das System ist. Die Banken sind immer noch unterkapitalisiert, das muss sich nach dem Durchstehen der Krise endlich ändern. Das sollte am besten jetzt schon vereinbart werden. Denn sobald Corona vorbei ist, befürchte ich, dass die wichtigsten Lehren schon wieder vergessen sind.

**Sollten Lockerungen auch für die regulatorischen Verschärfungen gelten, die in Folge der Finanzkrise 2008/2009 eingeführt wurden, etwa mit Blick auf die Risikovorsorge von Kreditgebern?**

Nein. Es ergibt keinen Sinn, jetzt alles über Bord zu werfen, was an wichtigen neuen Regeln eingeführt worden ist. Schließlich beinhalten die neuen Regeln ausreichende Flexibilität, die jetzt genutzt werden kann. Ich finde es auch nicht richtig, alle möglichen Kennziffern wie die Einstufung von Krediten zu ändern, damit die Kennziffern gut aussehen. Wir sind in einer Krise und das sollte sich auch in den entsprechenden Kennzahlen widerspiegeln. Sonst befinden wir uns bald völlig im Blindflug. Im Extremfall stünde am Ende eine Bank plötzlich vor der Pleite, obwohl die Zahlen bis zum Schluss gut aussahen.

**Durch das Corona-Insolvenz-Aussetzungsgesetz muss bis Ende September dieses Jahres niemand mehr Insolvenz wegen Zahlungsunfähigkeit beantragen. Das kann viele Trittbrettfahrer auf den Plan rufen.**

Das Gesetz ist der Versuch sicherzustellen, dass es nicht eine unnötige Insolvenzwelle bei Unternehmen gibt, die nur ein

kurzfristiges Problem haben. So eine Maßnahme sollte aber nur kurzfristig gelten, sonst wird – wie Sie andeuten – aus dem Versuch, unbürokratische Lösungen zu finden, schnell ein neues Problem.

**Für in Schieflage geratene Unternehmen werden Eigenkapitalbeteiligungen des Staates gefordert – aktuell für die Luft-hansa und Condor. Sollte nicht zunächst eine transparente Definition jener Bereiche der Wirtschaft erfolgen, die der Staat aus übergeordneten Interessen als schützenswert erachtet?**

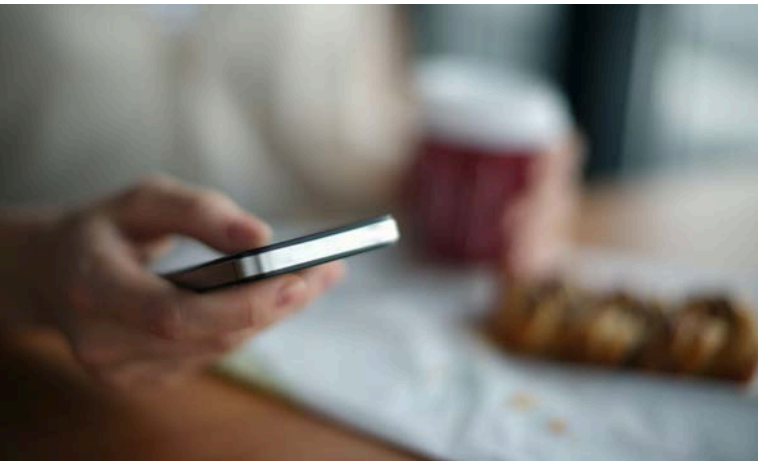
Auf jeden Fall sollte es klare Kriterien geben, wem warum geholfen wird. Das muss transparent und nachvollziehbar sein. Und es sollte genau darauf geachtet werden, ob es ein ökonomisch tragfähiges Geschäftskonzept gibt. Das erwarte ich von einem verantwortlichen Umgang mit Steuergeldern. Außerdem sollte der Staat klare Auflagen in Bezug auf die Nachhaltigkeit des Geschäftsmodells machen. Es ergibt ja keinen Sinn, Unternehmen dabei zu unterstützen, dass sie uns an der Erreichung der Klimaziele hindern. Und ich möchte noch einen Aspekt anbringen: Es sollte staatliche Hilfe nur für Unternehmen geben, die auf Dividenden, Aktienrückkaufprogramme, hohe Vergütungen und die Nutzung von Schattenfinanzplätzen verzichten. Gewinne privatisieren und Verluste sozialisieren, das sollte in dieser Krise nicht wieder das Motto sein.

**Die Fragen stellte Stephan Klaus Ohme, Leiter der Arbeitsgruppe Finanzwesen von Transparency Deutschland.**



# Informationelle Selbstbestimmung & Datenschutz: Pandemie mit erheblichen Risiken für die Grundrechte

ELKE STEVEN



Die Corona-Pandemie führt zu noch kurz zuvor unvorstellbaren Eingriffen in die Freiheitsrechte. Die Bereitschaft der Bevölkerung, diese Zumutungen hinzunehmen, ist groß. Jedoch muss staatliches Handeln auch in solchen Krisenzeiten an den Menschenrechten orientiert bleiben. Maßnahmen zum Schutz der öffentlichen Gesundheit müssen verhältnismäßig – das bedeutet erforderlich, geeignet und angemessen – sein. Eine Verselbständigung von Überwachungs- und Eingriffsmaßnahmen und eine Verschiebung hin zum Sicherheitsstaat müssen aktiv verhindert werden. Systematische Gefahrenprognosen und -abschätzungen sind ebenso notwendig wie zeitliche Begrenzungen. Das Parlament und die Gerichte müssen ihren Aufgaben der Kontrolle nachkommen. Öffentliche Debatten und kontroverse Auseinandersetzungen dürfen nicht als Störung staatlichen Handelns wahrgenommen werden, sondern gehören zur Demokratie.

Digitale Überwachung wird zum Hoffnungsträger. Datenschutz, der Grundrechte und Grundfreiheiten schützen soll, gilt schnell als überflüssiges Hindernis. So haben Gesundheitsbehörden Listen von Infizierten regelmäßig an die Polizei weitergegeben, obwohl eine solche Weitergabe von Gesundheitsdaten rechtswidrig ist. Überlegungen zur digitalen Überwachung von Erkrankten stehen an. Das wären Fußfesseln, die schon bei Straftätern hoch umstritten sind. Erkrankte werden so unter Generalverdacht gestellt.

Erst der breite Protest von Datenschützern und Bürgerrechtsorganisationen verhinderte Ende März eine Änderung des Infektionsschutzgesetzes, die das Auslesen von Bewegungsdaten aus Mobiltelefonen ermöglicht hätte. Das hätte eine umfassende Telekommunikationsüberwachung bedeutet. Die Begrenzungen sind geblieben.

Das Robert Koch-Institut erhält mit seiner Corona-Datenspende-App die Gesundheitsdaten aus Fitnessarmbändern und Smartwatches. Daten werden umfassend und direkt bei den Anbietern erfasst, sie lassen sich für andere Zwecke missbrauchen. Sicherheitslücken wurden schnell aufgedeckt.

Es gibt jedoch ein klein wenig Hoffnung auf demokratisches Potential. Über die Implikationen einer Tracing-App entstand dank der vielen Initiativen aus der Zivilgesellschaft eine öffentliche Debatte, die immerhin zu einer Änderung der Orientierung beigetragen hat. Statt der zentralen Datenspeicherung wird nun die dezentrale Speicherung (DB-3T) verfolgt. Viele Probleme bleiben dennoch und es reicht nicht, sich auf die ungelösten technischen Fragen zu konzentrieren. Individuelle Bewegungsprofile und Analysen sozialer Kontaktnetze darf es in einer freiheitlichen Demokratie nicht geben.

Jede Tracing-App enthält Versprechungen auf wiedergewonnene Freiheiten, aber sie enthält nicht minder die Gefahr von massiven Eingriffen in Grundrechte. Freiwilligkeit ist keine ausreichende Garantie. Der gesellschaftliche Erwartungsdruck zur Nutzung ist immens. Weder Staat noch Arbeitgeber oder private Unternehmen dürfen die Nutzung der App zur Eintrittskarte werden lassen. Jeder muss jederzeit die Möglichkeit haben, die App zu deinstallieren. Eine konsequente Zweckbindung ist notwendig.

Die dezentrale Lösung hat den Vorteil, dass nur die App-Nutzer selbst erfahren, wenn sie sich in den letzten Tagen in der Nähe eines positiv Getesteten aufgehalten haben. Keine staatliche oder private Instanz darf Zugriff auf diese Information erhalten. Darin steckt auch eine große Herausforderung. Zum wiederholten Male die Konsequenzen zu tragen, etwa in Quarantäne zu gehen, ist nicht nur für die Betroffenen unangenehm und stigmatisierend. Auch Arbeitgeber könnten Druck ausüben, vor allem dann, wenn das Homeoffice keine Option ist.

Eine solche App braucht eine gesetzliche Grundlage. Das Parlament muss Eingriffe in Grundrechte regeln und deren Verhältnismäßigkeit garantieren. Eine Datenschutz-Folgenabschätzung, die auch veröffentlicht werden muss, muss grundlegende Fragen bearbeiten. Schlecht beraten ist, wer vorschnell Freiheitsrechte zugunsten einer vermeintlichen Sicherheit aufgibt.

**Dr. phil. Elke Steven ist Soziologin und Journalistin sowie Geschäftsführerin bei der netzpolitischen Organisation Digitale Gesellschaft.**



# Informationsfreiheit: Eine Frage von Leben und Tod während der Covid-19-Krise

ÁDÁM FÖLDES

Um der Ausbreitung des Virus entgegenzuwirken, Leben zu retten und den wirtschaftlichen Schaden zu verringern, sind sowohl Einzelpersonen als auch Regierungen aktuell gezwungen, schnelle Entscheidungen zu treffen, oft unter starkem Druck und Stress. Dabei ist die Öffentlichkeit darauf angewiesen, dass die Regierungen ihre Reaktion auf die Krise mit zeitnahen und qualitativ hochwertigen Informationen erläutern. Denn Informationen über die Ausbreitung des Virus, die getroffenen Maßnahmen im Bereich der öffentlichen Gesundheit und andere Fragen der öffentlichen Sicherheit können eine Frage von Leben und Tod sein.

Dennoch haben immer mehr Länder Einschränkungen des Rechts ihrer Bürgerinnen und Bürger auf Information angekündigt, ein Menschenrecht, das durch mehrere internationale Verträge und durch Gesetze in etwa 120 Ländern garantiert wird. Die Gründe dafür sind breit gefächert und die Folgen nicht weniger vielfältig.

Das Recht auf Information kann, ähnlich wie die Einschränkung der Versammlungsfreiheit, zum Schutz des Rechts auf Leben durchaus temporär eingeschränkt werden. Um dies zu rechtfertigen, müssen allerdings zwei wesentliche Bedingungen erfüllt sein: Die Situation muss auf einen öffentlichen Notstand hinauslaufen und der Staat muss offiziell den Ausnahmezustand ausgerufen haben. Viele Regierungen, etwa Polen, haben dies formal nicht getan, obwohl sie in der Praxis Grundrechte einschränken und dies mit dem Covid-19-Notstand begründen.

Ein weiterer Faktor ist, dass die Regierungen vieler vom Virus stark betroffener Länder ihre Aktivitäten auf ein Minimum reduziert haben, damit sie sich auf kritische staatliche Aufgaben konzentrieren und die Sicherheit von Amtsträgern und der Öffentlichkeit gewährleisten können. Unter diesen Umständen kann die Erfüllung von Anträgen auf Informationsfreiheit durchaus eingeschränkt werden, wie beispielsweise in Mexiko.

Doch selbst in Situationen völliger Abriegelung wie zeitweise in Italien sind moderne öffentliche Verwaltungen in der Lage, Informationen zu sammeln und bereitzustellen. Wenn sie dies nicht tun, kann es auch daran liegen, dass die Bedeutung von Informationsfreiheit nicht erkannt wird – oder nicht gewollt ist. Der Zugang zu Informationen darf nicht eingeschränkt werden, um Inkompetenz, Ineffizienz oder Missstände in der Verwaltungstätigkeit zu vertuschen.

Um Informationen zu veröffentlichen, riskieren Hinweisgeber manchmal ihre Karriere, ihren Lebensunterhalt, ihre Freiheit oder sogar ihr Leben, wie etwa Li Wenliang, der Arzt in China, der versuchte, Kollegen vor dem Covid-19-Ausbruch zu warnen. In einigen Ländern, darunter Ungarn und Thailand, werden Journalisten mit langen Gefängnisstrafen bedroht, weil sie verzerrte Tatsachen präsentiert haben sollen. Es gibt zwar eine Fülle von Fehl- und Desinformationen über die Krise, doch solche drakonische Maßnahmen bringen die Regierungen auf einen gefährlichen Weg. In Rumänien könnten sogar ganze Webseiten im Rahmen von Notstandsbefugnissen vom Netz genommen werden, ohne dass die Möglichkeit einer Berufung besteht.

In Deutschland hatte sich das niedersächsische Justizministerium zunächst geweigert, Erlasse zu veröffentlichen, mit denen es auf den Umgang der Gerichte mit der Corona-Pandemie Einfluss nimmt. Die Transparenzplattform FragDenStaat hat

„Informationen über die Ausbreitung des Virus, die getroffenen Maßnahmen im Bereich der öffentlichen Gesundheit und andere Fragen der öffentlichen Sicherheit können eine Frage von Leben und Tod sein.“

das Ministerium erfolgreich auf Herausgabe dieser Erlasse verklagt. Das Verwaltungsgericht Hannover argumentierte, dass die Funktionsweise der Gerichte und ein möglicher Einfluss der Exekutive auf die Unabhängigkeit der Justiz von besonderer Bedeutung sei und betonte die „Notwendigkeit zur Kontrolle des Regierungshandelns mit Blick auf die Wirksamkeit der getroffenen Maßnahmen“.

Klar ist: Verantwortungsbewusste Medien und die Zivilgesellschaft sollten durch Exekutive und Verwaltungen mit genauen, aktuellen Informationen versorgt werden. Tatsächlich haben viele Regierungen hier bedeutende Anstrengungen unternommen. Die Open Government Partnership sammelt auf ihrer Webseite gute Ansätze und Beispiele offenen Regierungshandelns während der Krise. Diese veranschaulichen, dass die Grundsätze Transparenz, Rechenschaftspflicht und Beteiligung zu besseren Ergebnissen beitragen können.

**Ádám Földes arbeitet als Legal Advisor im Internationalen Sekretariat von Transparency International.**

# Corona und Pressefreiheit: Gradmesser für den Zustand einer Gesellschaft

GEMMA PÖRZGEN



Die Coronakrise wird in diesen Tagen weltweit zum Stresstest für alle Lebensbereiche. Auch für den Journalismus birgt sie viele Herausforderungen, die über dessen Rolle für die Zukunft entscheiden werden. Schon jetzt wird sichtbar, wie stark Politik und Bevölkerung nicht nur auf die wissenschaftliche Beratung durch Virologen, Epidemiologen und andere Fachleute angewiesen ist, sondern auch auf eine professionelle Vermittlung von glaubwürdigen Informationen. Kein Wunder, dass in den meisten deutschen Bundesländern Journalisten in die Liste der Berufe aufgenommen wurden, die heute als systemerhaltend gelten.

Presse- und Informationsfreiheit sind wichtiger denn je, um zu informieren, recherchieren, in Zusammenhänge einzuordnen und kritische Fragen zu stellen. Gute Kommunikation ist gerade

in demokratischen Gesellschaften mit entscheidend dafür, ob es der Politik gelingt, die Menschen von notwendigen Einschränkungen ihres Alltags und gemeinsamen Regeln zu überzeugen.

Gerade jetzt werden die Unterschiede zwischen Ländern mit freien Medien und denen, die auf Zensur und Nachrichtenkontrolle setzen, noch sichtbarer als zuvor. So haben China und Iran bei Ausbruch der Covid-19-Pandemie versucht, das Ausmaß der Epidemie zu vertuschen und unabhängige Berichterstattung darüber zu unterbinden. Mehrere Bürgerjournalisten sind verschwunden, nachdem sie beispielsweise über die Zustände in den Kliniken während der Quarantäne am

Ausbruchsort Wuhan ganz anders berichteten als die Staatsmedien. Einige politische Kommentatoren, die Verordnungen von Staatschef Xi Jinping kritisierten, wurden festgenommen oder unter Hausarrest gestellt.

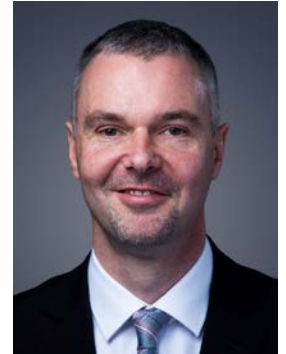
In Iran haben Geheimdienst und Revolutionswächter in fast allen Landesteilen Journalisten und Journalistinnen zu Verhören eingeladen, die über den Alltag mit der Pandemie berichteten. Mehrere von ihnen wurden beschuldigt, Gerüchte zu verbreiten. In der Türkei wurden in nur einer Woche sieben Kolleginnen und Kollegen festgenommen, weil die Behörden ihnen vorwarfen, Panik zu verbreiten. Auch in Russland können die Bürgerinnen und Bürger sich nicht darauf verlassen, dass sie wirklich erfahren, wie viele Menschen an Covid-19 in ihrem Land erkranken und welche Ausmaße die Pandemie bereits angenommen hat. Zahlreiche Staaten stellen ihre Zensurmaßnahmen über den Gesundheitsschutz ihrer Bevölkerung.

Vielerorts wächst deshalb der Wunsch, der staatlichen Manipulation von Informationen auszuweichen. Viele Men-

„Gerade jetzt werden die Unterschiede zwischen Ländern mit freien Medien und denen, die auf Zensur und Nachrichtenkontrolle setzen, noch sichtbarer als zuvor.“

schen suchen gerade angesichts der gesundheitlichen Bedrohung gezielt nach Fakten und Informationen. Die Deutsche Welle gab bekannt, dass seit Ausbruch der Corona-Pandemie gerade in den Ländern, in denen es nur begrenzte Informationen zu Corona gibt, die Zugriffszahlen

## „Die Regierung nutzt die Pandemie, um Staatsgelder an ihr Klientel im In- und Ausland umzuleiten“



Interview mit **József Péter Martin**, Geschäftsführer von Transparency International Ungarn

auf ihre Online-Angebote in den jeweiligen Sprachen stark gestiegen sind, beispielsweise in Iran oder in der Türkei.

Pressefreiheit war schon immer ein wichtiger Gradmesser für den Zustand einer Gesellschaft. Das gilt jetzt umso mehr für den Umgang mit der Covid-19-Pandemie. Als Reporter ohne Grenzen haben wir mit Beginn der Krise damit begonnen, gezielt zu dokumentieren, in welchen Ländern die Regierungen versuchen, die Informationsfreiheit noch stärker einzuschränken. Leider gibt es weltweit eine Fülle solcher Fälle, die jetzt unsere Aufmerksamkeit brauchen.

Das geschieht auch mitten in der Europäischen Union, wie sich vor allem in Ungarn zeigt. Dort verabschiedete das Parlament Ende März ein umstrittenes Gesetz, das für Ministerpräsident Viktor Orbán fast unbegrenzte Sondervollmachten in der Coronakrise einräumt. So können nun angebliche Falschmeldungen oder „verzerrte Fakten“ in den Medien mit Strafen von bis zu fünf Jahren Haft bedacht werden. Reporter ohne Grenzen sieht in diesem Gesetz den Versuch, die Coronakrise dafür zu missbrauchen, um die letzten unabhängigen Journalisten und Journalistinnen im Land mundtot zu machen.

Aber auch in Deutschland drohen Gefahren für die Pressefreiheit. Bei vielen Medienhäusern verschärfen sich die wirtschaftlichen Probleme, vor allem bei den Printmedien, deren Werbeerlöse über Anzeigen um bis zu 80 Prozent einbrechen. Wir erleben eine Lage, in der das Angebot freier Medien auch in demokratischen Gesellschaften eigentlich existentiell ist, aber viele wichtige Informationsangebote um ihr finanzielles Überleben kämpfen.

Ermutigend bleibt dennoch, dass viele engagierte Kolleginnen und Kollegen trotz der viel schwierigeren Arbeitsbedingungen daran festhalten, täglich ihren Job zu tun, sauber zu recherchieren und für verlässliche Informationen zu sorgen. Sie sind es vor allem, die hoffentlich dafür sorgen werden, dass glaubwürdiger Journalismus aus dieser Coronakrise gestärkt hervorgeht.

**Gemma Pörzgen ist freie Journalistin mit Osteuropa-Schwerpunkt in Berlin und Vorstandsmitglied von Reporter ohne Grenzen.**

**Das Parlament in Ungarn hat aufgrund der Corona-Krise am 30. März 2020 ein umstrittenes Notstandsgesetz verabschiedet, das Regierungschef Viktor Orbán mit weitreichenden Vollmachten ausstattet. Wie beurteilen Sie den „Authorization Act“?**

Wir kritisieren nicht die erweiterten Machtbefugnisse zur Eindämmung der Pandemie an sich, sondern dass die Regierung ohne zeitliche Begrenzung per Dekret und ohne Kontrolle durch das Parlament regieren kann. Problematisch ist auch, dass laut dem Gesetz „Angstmacherei“ mit einer Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren bestraft werden kann. Obwohl ich nicht glaube, dass die unmittelbare Gefahr einer Inhaftierung von Journalistinnen und Journalisten besteht, könnte dies als neues Instrument zur Einschüchterung wahrgenommen werden. Allerdings hat der andauernde Rückschritt der Medienfreiheit bisher in erster Linie nicht mit gesetzlichen Regelungen zu tun, sondern mit der Übernahme vieler Medienunternehmen durch regierungsnahe Wirtschaftsakteure und Oligarchen.

**Befürchten Sie, dass Ungarn zu einer Diktatur wird, wenn es keine Beschränkung der Regierung über Dekrete gibt?**

Auch wenn der „Authorization Act“ eindeutig problematisch ist, ist Ungarn noch keine Diktatur. Ich finde es etwas merkwürdig, dass einige Beobachter es so darstellen, als wäre Ungarn über Nacht von einer Demokratie zur Diktatur geworden. Die Zentralisierung, die Vereinnahmung des Staates und der Rückgang des Rechtsstaats schreiten seit 2010/2011 kontinuierlich voran. Das ungarische System ist eine Art

„hybrides Regime“ zwischen (liberaler) Demokratie und Diktatur. Manche haben befürchtet, dass Orbán den „Gefährdungszustand“ nach der Pandemie nicht zurücknehmen werde. Das ist unwahrscheinlich, nachdem er am 15. Mai 2020 angekündigt hat, dass die Regierung die zusätzlichen Machtbefugnisse bis Ende Mai zurückgeben wird. Aus einigen Maßnahmen und Gesetzen des Orbán-Regimes wurden „tote Buchstaben“, da sie nicht umgesetzt wurden. Diese Gesetze sind eher symbolischer Natur und dienen als Manipulationsinstrumente. Das könnte auch beim „Authorization Act“ der Fall sein. Andererseits weiß man in einem System ohne Gewaltenteilung nie, ob diese „toten Buchstaben“ von Orbán wiederbelebt werden.

**Was erwarten Sie von der EU und was können andere Regierungen tun?**

Ein gangbarer Weg könnte sein, in Mitgliedstaaten, die systematisch gegen die Rechtsstaatlichkeit verstoßen, einen Teil der EU-Gelder von der Zentralregierung auf die lokale und regionale Ebene umzuleiten. Die Pandemie könnte widersprüchliche Auswirkungen auf die supranationalen Beziehungen haben, da sie einerseits wahrscheinlich den „Nationalstaat“ und den Populismus stärkt, andererseits aber auch zeigen wird, dass einzelne Länder zu klein und bedeutungslos sind, um die Krise zu bewältigen.

**Die Fragen stellte Sylvia Schwab. Eine ausführliche Fassung des Interviews finden Sie unter [www.transparency.de](http://www.transparency.de).**

# Transformation im internationalen Handel – politischer Aufbruch oder Debakel?

HELENA PELTONEN-GASSMANN

Es war Mitte November 2019, als der ehemalige Bundespräsident Horst Köhler in einer Grundsatzrede zur Eröffnung eines Nachhaltigkeitskongresses in Hamburg sagte: „Kein Land kann sich mehr gegen die Folgen von extremen Ungleichheiten, Klimawandel, Epidemien, Kriegen oder Flüchtlingskatastrophe abschotten.“ Nur anderthalb Monate später nahm die Corona-Pandemie in Wuhan ihren Anfang und erschütterte seitdem die Welt.

Durch die Globalisierung waren die am Handel teilnehmenden Staaten zur Spezialisierung gezwungen, sonst hätten sie auf den internationalen Märkten nicht bestanden. So verschwanden Gewerbe und Industrien, die im lokalen oder nationalen Rahmen gute Dienste geleistet und der Bevölkerung einen Unterhalt geboten hatten, aber in Konkurrenz mit industriell stärkeren oder billigeren ausländischen Anbietern nicht bestehen konnten. Es gab Gewinner und Verlierer. Aus deutscher Sicht bieten die Textil- und die Automobilindustrie anschauliche Beispiele für beides. Diese Spezialisierung folgt der Wirtschaftstheorie David Ricardos, in der die Finanzmärkte noch gar nicht vorkamen. Zahlreiche Staaten leiden unter den entstandenen Monokulturen sowohl der Industrie als auch der Landwirtschaft, was sie in einer Krise verwundbar macht. Ein Hochschrauben der Staatsverschuldung, auch in bereits hochverschuldeten Staaten ist unvermeidbar. Für dringend benötigte Produkte und knappe Güter fließt viel Geld. Für Korruption sind diese Ausnahmebedingungen besonders förderlich.

Während die Gesellschaften viel Kraft benötigen, um das Virus zu bekämpfen, müssen sie wie die Wirtschaft darüber nachdenken, wie sie aus diesem Tief wieder herauskommen. Zum ersten Mal seit langem macht die Politik die Erfahrung, dass sie mit Mut gestalten kann. Dieser Mut wird für die Gestaltung des Wiederhochfahrens nach der Corona-Pandemie benötigt. Der Schutz wichtiger Wirtschaftszweige, der bisher schnell den Stempel des Protektionismus bekam, ist auch hierzulande wieder salonfähig. Nicht erst Corona, sondern bereits der wirtschaftliche Aufstieg Chinas und die unberechenbare Außenpolitik des jetzigen Präsidenten der USA zeigten dieses Umdenken. Das Recht, sich vor Stärkeren zu schützen, nehmen die Entwicklungsländer verstärkt für sich in Anspruch.

Unsere gemeinsamen Prinzipien, die nach dem Zweiten Weltkrieg als Grundlage eines friedlichen Miteinanders entwickelt wurden, sind menschenbezogen. Menschenrechte, Arbeit-



nehmerschutz, Gesundheit und Umwelt sowie Korruptionsbekämpfung sind in völkerrechtlichen Abkommen, Konventionen und Deklarationen der Vereinten Nationen manifestiert, innerhalb der EU in den Europäischen Verträgen.

Diese Prinzipien werden jedoch nicht als handelsbezogene Anliegen betrachtet und ihre Einhaltung in internationalen Investitions- und Handelsabkommen weder von der Welt Handelsorganisation (WTO) noch von der EU durchgesetzt. Internationaler Handel ist ein Paralleluniversum neben den Vereinten Nationen. So fehlen bis heute – mit Ausnahme von Mexiko – Antikorruptionsklauseln in den EU-Investitions- und Handelsabkommen, obwohl die EU-Kommission dies bereits im Jahr 2015 angekündigt hatte und viele der Partnerländer in anderen Verträgen solche Klauseln unterzeichnet haben. Eine EU-Richtlinie zur Durchsetzung von Sorgfaltspflichten internationaler Unternehmen in ihren Lieferketten wäre dringend erforderlich.

Wenn wir den Frieden erhalten und mit Klimawandel, Hungersnöten und Migration fertig werden wollen, werden Investitionen und Handel eine ganz andere Rolle übernehmen müssen als bisher. Internationale Wettbewerbsfähigkeit wird auch daran gemessen, ob ein nachvollziehbarer Beitrag zur Lösung der globalen Probleme mit Verantwortung und Anstand erbracht wird. Qualifizierte Nachwuchskräfte werden nur Aufgaben mit Sinn annehmen, egal ob in Unternehmen, Behörden oder Zivilgesellschaft. Köhler drückte es so aus: „Die Transformation wird kommen als politischer Aufbruch oder politisches Debakel – by design or by disaster.“

**Helena Peltonen-Gassmann ist Stellvertretende Vorsitzende von Transparency Deutschland und im Führungskreis für das Thema „Freihandelsabkommen“ zuständig.**

# Was lernt der Sport aus der Krise?

JOCHEN REINHARDT UND SYLVIA SCHENK

Der Sportbetrieb wurde im März 2020 fast überall eingestellt – aber die Sportwetten-Mafia blieb aktiv. Da ohne Sportwetten auf dem sonst Milliarden einspielenden Glücksspielmarkt sich zugleich weltweit die Gelegenheiten für Manipulationen schlagartig in Luft auflösten, wurden Wetten für fingierte Fußballspiele in der Ukraine angeboten. Die Union der Europäischen Fußballverbände (UEFA) sah sich prompt veranlasst, vor hohen Manipulationsrisiken zu warnen. Wo es noch Spiele gab, wie beispielsweise Freundschaftsspiele in Schweden, konzentrierte sich der Druck aus der Szene der internationalen Glücksspieler auf Amateurfußballer in ungeahnter Weise.

Solche extremen Begleitumstände sind selbst im knallharten Wettbusiness eher die Ausnahme. Doch die Ankündigung von Christian Seifert, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Fußball-Liga (DFL), dass man angesichts der Widerstände gegen Geisterspiele in der Bundesliga zu Corona-Zeiten „auch im Profifußball künftig über das Wertefundament nachdenken müsse“, sollte vor allem auch dazu führen, künftig entschiedener gegen Spielmanipulation und Suchtgefahren durch Sportwetten vorzugehen. Im Jahr 2018 wurden in Deutschland laut Statista Research Departement 8,8 Milliarden Euro bei Sportwetten umgesetzt, davon 7,3 Milliarden bei privaten Anbietern. Die Manipulation von Sportwettkämpfen, um über Sportwetten Einnahmen zu erzielen oder Geld zu waschen, ist in den vergangenen Jahren zu einem weltweit verbreiteten Phänomen der organisierten Kriminalität geworden. Der Deutsche Bundestag hat dazu im März 2017 das „Gesetz zur Strafbarkeit von Sportwettbetrug und der Manipulation berufssportlicher Wettbewerbe“ beschlossen.

Was lernt der Sport aus der Krise? Das wichtigste wären Transparenz und seriöse Finanzierung mit ausreichender Eigenkapitalquote. Wie schnell professionelle Ligen selbst in Deutschland an ihre Grenzen stoßen, wenn die nächste Überweisung der Fernsehgelder in Frage gestellt wird, wurde schon in den ersten Wochen des sportlichen Stillstands deutlich. Nicht nur die Millionengehälter in der Männer-Fußball-Bundesliga, auch die weit geringeren Beträge bei den Frauen sowie in Sportarten wie Handball, Volleyball oder Basketball konnten nicht mehr oder nur mit Mühe gezahlt werden. Da in diesen Ligen zudem die Zuschauereinnahmen einen wesentlich höheren Anteil am Gesamtbudget ausmachen, sind Spiele vor leeren Rängen nicht wirklich eine Lösung. Auf dem Transfermarkt im Fußball werden zudem Milliarden-Verluste erwartet.



Grund genug also, das Finanzierungssystem einem Revirement zu unterziehen und davon abzukommen, von der Hand in den Mund zu leben. Dabei wird es – nicht nur im Fußball – auch darum gehen, Spielerinnen und Spieler nur dann zu bezahlen, wenn eine Liga sich dauerhaft ohne zweifelhafte Finanzkonstruktionen tragen kann. International hieße das, die Finanzierung durch zwielichtige Investoren, ob Privatunternehmer oder auch politische Machthaber, auszuschließen. Sonst besteht die Gefahr, dass gerade diese langfristig Nutznießer der Krise werden.

Transparenz ist von besonderer Bedeutung, wenn Regierungen wie in Hessen und Dachverbände wie der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) jetzt zusätzliche Unterstützung für den Sport leisten. Transparency International hat Erfahrung mit erhöhten Korruptionsrisiken während und im Anschluss an Krisen – wo kurzfristig viel Geld zu verteilen ist, wittern einige ihre Chance. Das hat sich auch in Deutschland bereits bei den staatlichen Corona-Hilfen gezeigt, als Nordrhein-Westfalen die vorübergehende Auszahlung der Corona-Soforthilfe für Solo-Selbstständige und Kleinstunternehmen aufgrund von erheblichen Betrugsverdachtsfällen stoppen musste. Good Governance auf allen Ebenen des Sports ist deshalb ein wichtiger Faktor – die Verantwortlichen im Sport sollten darauf ein besonderes Augenmerk haben.

**Jochen Reinhardt ist Mitglied der Arbeitsgruppe Sport von Transparency Deutschland. Sylvia Schenk leitet die Arbeitsgruppe seit 2014.**

## POLITIK

# Sponsoring: Parteienfinanzierung durch die Hintertür?



Jüngste Medienberichte verdeutlichen einmal mehr eine eklatante Transparenzlücke im Parteiengesetz: Unternehmen und Lobbyverbände konnten auch im vergangenen Jahr durch sogenanntes Parteisponsoring beträchtliche Summen an Parteien bezahlen, ohne dass es die Öffentlichkeit mitbekam. Parteispenden über 10.000 Euro müssen unter Namensnennung offengelegt werden. Für Einnahmen aus Vermietungen von Parteitagsgständen, Werbeanzeigen in Parteizeitungen oder dem Sponsoring von Veranstaltungen gibt es hingegen keine Veröffentlichungspflicht. CDU, FDP und CSU halten diese Zahlungen weitestgehend unter Verschluss.

Die freiwillig veröffentlichten Angaben von Bündnis 90/Die Grünen und SPD geben jedoch eine ungefähre Vorstellung über die Größenordnung. Im vergangenen Jahr nahmen die Grünen über 277.000 Euro ein. Bei der SPD waren es insgesamt mehr als eine halbe Millionen Euro. Nachdem durch die #RentASozi-Affäre bekannt wurde, dass Unternehmen für Gespräche mit SPD-Politikern bezahlten, veröffentlicht die Partei seit 2017 freiwillig namentlich ihre Aussteller und Sponsoren mit den gezahlten Nettosummen. Als Sponsoren wurden 2019 unter anderem die Deutsche Post mit 20.000 Euro und die Deutsche Bank mit 15.000 Euro ausgewiesen. Volkswagen bezahlte für Standmiete 26.800 Euro, Audi 23.450 Euro, Huawei 20.100 Euro, die Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft für einen Gemeinschaftsstand 64.000 Euro.

Konzerne können Standmieten als Betriebsausgabe von der Steuer absetzen – im Gegensatz zu einer Parteispende (diese können nur Privatpersonen steuerlich geltend machen). Das macht Sponsoring im Vergleich zu Spenden wesentlich attraktiver. In den Rechenschaftsberichten der Parteien müssen weder die Gesamtsumme der Einnahmen aus Sponsoring gesondert angegeben noch die Sponsoren namentlich aufgeführt werden. Während AfD und Die Linke angaben, keine Stände gegen Geld zu vermieten, bleibt es den Parteien also selbst überlassen, ob sie detaillierte Angaben hierzu veröffentlichen.

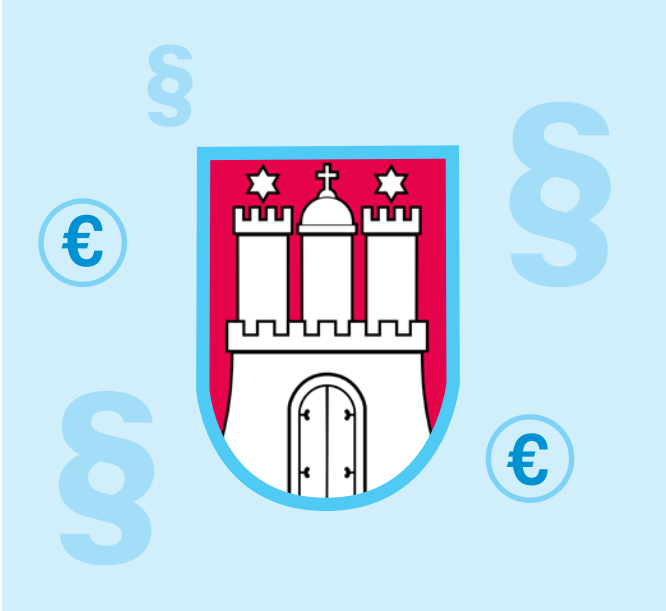
Bereits seit Jahren fordert Transparency Deutschland, das Einnahmen aus Sponsoring wie Parteispenden behandelt und veröffentlicht werden sollten, damit auch auf diesem wichtigen Feld mehr Transparenz erreicht werden kann. (jus)

## POLITIK

# Ermittlungen gegen Strenz und Lintner

Die Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main ermittelt gegen die Bundestagsabgeordnete Karin Strenz und den ehemaligen Bundestagsabgeordneten Eduard Lintner wegen mutmaßlicher Korruption. Hintergrund sind dubiose Verflechtungen mit dem autoritär regierten Aserbaidschan. Transparency Deutschland hatte 2019 Strafanzeige gegen beide Unionspolitiker wegen Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern nach Paragraph 108e des Strafgesetzbuchs (StGB) erstattet.

Diese hatte die Staatsanwaltschaft Rostock zunächst negativ beschieden. „Offensichtlich gibt es unter den Staatsanwaltschaften unterschiedliche Auffassungen darüber, was der § 108e StGB zur Mandatsträgerbestechung hergibt“, so Hartmut Bäumer, Vorsitzender von Transparency Deutschland. Er betonte, an diesem Verfahren werde sich die Wirksamkeit des Paragraphs zeigen. (ok)



## POLITIK

## Cum-Ex-Skandal in Hamburg braucht Aufklärung

Mit sogenannten Cum-Ex-Deals konnten sich Banker und Investoren zwischen 2005 und 2012 nach Schätzungen um mindestens 7,2 Milliarden Euro bereichern. Das Landgericht Bonn hat im März als erstes deutsches Strafgericht diese Vorgänge als Steuerhinterziehung und damit als illegal bewertet. Neben über 100 anderen beteiligten Banken wurde die Privatbank M.M. Warburg aus Hamburg zu einer Rückzahlung von knapp 177 Millionen Euro verpflichtet.

Mit Blick auf die Warburg Bank ist dabei fraglich, wieso Finanzbehörden in Hamburg Ende 2016 mögliche Ansprüche für Steuer-rückzahlungen in Höhe von 47 Millionen Euro allein für das Steuerjahr 2009 verjähren ließen und der Warburg Bank außerdem einen Vergleich anboten, mit dem die Bank günstig und ohne strafrechtliche Verurteilung davongekommen wäre. Involviert waren scheinbar auch Bundesfinanzminister Olaf Scholz, damals Hamburgs Erster Bürgermeister, Peter Tschentscher, damals Finanzsenator und inzwischen Erster Bürgermeister.

Im April 2020 folgte jedoch die Kehrtwende: Nun forderte das Finanzamt Hamburg die Bank offenbar doch auf, erstattete Kapitalertragsteuer aus Cum-Ex-Geschäften für die Jahre 2007 bis 2009 zurückzuzahlen. Nach Informationen des SPIEGEL beläuft sich die Gesamtsumme auf mehr als 160 Millionen Euro, inklusive Zinsen.

Transparency Deutschland hat eine lückenlose Aufklärung der Rolle von Politikern und Behörden bei den Cum-Ex-Ermittlungen gegen die Warburg Bank gefordert. „Interessenkonflikte und intransparenter Lobbyismus haben es neben dem Versagen der Aufsichts- und Kontrollbehörden über viele Jahre erst ermöglicht, dass das System Cum-Ex funktionieren konnte. Hinweise, dass Vertreter der Stadt Hamburg sich schützend vor die Warburg Bank stellten oder die Finanzbehörde deren illegales Handeln tolerierte, müssen lückenlos aufgeklärt werden“, so Stephan Klaus Ohme, Leiter der Arbeitsgruppe Finanzwesen von Transparency. (td)

## POLITIK

## EU-Kommission: 1.400 Lobbygespräche in den ersten 100 Tagen

Die ersten 100 Tage ihrer Amtszeit hat die neue EU-Kommission mit Präsidentin Ursula von der Leyen Anfang März hinter sich gebracht. Etwa 1.400 Gäste haben die Kommissionsmitglieder in dieser Zeit empfangen und sich dabei am häufigsten mit Unternehmensvertretern und Wirtschaftslobbyisten getroffen. Insgesamt 900 Besuche sind hier verzeichnet. 411 Mal waren Vertreter von Nichtregierungsorganisation in Brüssel zu Gast. Zu den Top-3-Besuchern zählen Airbus, der europäische Arbeitgeber- und Lobbyverband Business Europe und der Europäische Verbraucherverband. Am häufigsten gesprochen wurde über den von von der Leyen initiierten Green Deal. Das geht aus einer Analyse des EU-Büros von Transparency International hervor auf Basis von Daten, die die EU-Kommission veröffentlicht hat. Im Vergleich zur Juncker-Kommission ist die Zahl leicht gesunken. Auch das Verhältnis von Besuchern aus der Wirtschaft und Nichtregierungsorganisationen hat sich leicht verbessert. (as)

## VERWALTUNG

## Mehr Personal für Wettbewerbsregister gefordert

Im Wettbewerbsregister sollen Unternehmen elektronisch gespeichert werden, bei denen es zu bestimmten Straftaten und Ordnungswidrigkeiten gekommen ist. Solche Unternehmen können dann aus öffentlichen Vergaben ausgeschlossen werden. Dieses beim Bundeskartellamt geführte Register brauche für Aufbau und Betrieb mehr Personal, so Kartellamtschef Andreas Mundt. Er hatte bereits 2019 betont, es seien für diese anspruchsvolle juristische Arbeit über 30 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nötig und damit mehr als im Bundeshaushalt für 2020 vorgesehen. Bündnis 90/Die Grünen fordern nun eine Aufstockung des Personals, denn öffentliche Aufträge dürften nur an Unternehmen gehen, die fair spielen, so deren wirtschaftspolitische Sprecherin Katharina Dröge. (rhg)



## WIRTSCHAFT

# Lieferkettengesetz vorerst auf Eis gelegt

Wie eine Reihe weiterer Vorhaben wurden auch die Pläne für ein Gesetz zur Einhaltung menschenrechtlicher Standards in der globalen Produktion im Zuge der Corona-Krise von der Bundesregierung vorerst auf Eis gelegt. Insbesondere Bundeskanzlerin Merkel und Wirtschaftsminister Altmaier (beide CDU) haben hier offenbar auf die Bremse getreten. Das Wirtschaftsministerium möchte zunächst die zweite Welle an Befragungen deutscher Unternehmen im Rahmen des Nationalen Aktionsplans Wirtschaft und Menschenrechte abwarten.

Hinter der Verschiebung steht wohl auch ein grundsätzlicher Dissens innerhalb der Regierung. So hatte das Wirtschaftsministerium gegenüber der Initiative aus dem Arbeits- und dem Entwicklungsministerium von Anfang an kritisch gegenübergestanden. Grund dafür sind die möglicherweise höheren Kosten für die Unternehmen.

Entwicklungsminister Müller (CSU) hingegen wies in einem Gastbeitrag im Tagesspiegel Ende März darauf hin, dass es angesichts der Corona-Krise umso dringlicher sei, darauf zu achten, dass in den Lieferketten soziale und ökologische Standards eingehalten würden. Da weitere Viren aus der Tierwelt das Potential hätten, ähnlich wie Covid-19 auf den Menschen überzuspringen, müssten beispielsweise hygienezertifizierte Verfahren bei der Lagerung und Verteilung von Lebensmitteln eingerichtet werden.

Die Initiative Lieferkettengesetz wird von einer Vielzahl zivilgesellschaftlicher Organisationen getragen. Sie fordert angesichts der Corona-Krise die Absicherung von Arbeiterinnen und Arbeitern bei Produktionsausfällen auch in Ländern mit einem geringeren Wohlstandsniveau sicherzustellen. Transparency Deutschland kritisiert die mangelnde Transparenz beim Stopp des Gesetzgebungsverfahrens. Die Organisation setzt sich dafür ein, dass im Rahmen eines solchen Lieferkettengesetzes eine verpflichtende Korruptionsprävention und -bekämpfung vorgeschrieben wird. Denn auch Korruption kann in vielen Fällen die Verletzung von Menschenrechten zur Folge haben. (Dominic Pakull)

## FINANZWESEN

# Deutschland verbessert sich beim Schattenfinanzindex

Je mehr Intransparenz und Steuervermeidungsmöglichkeiten ein Staat bietet, desto höher ist die Platzierung im sogenannten Schattenfinanzindex. Bereits zum sechsten Mal haben das Tax Justice Network und das Netzwerk Steuergerechtigkeit ihre Ergebnisse aus der Untersuchung von 133 Ländern hierzu veröffentlicht. Deutschland konnte sich durch die Umsetzung von Vorgaben der EU zur Geldwäschebekämpfung, insbesondere durch die Einführung des öffentlichen Transparenzregisters, von Rang sieben auf Rang 14 verbessern. Das zeigt, dass Steuerhinterziehung effektiv bekämpfbar ist.

Das Netzwerk kritisiert jedoch, dass der Immobilienmarkt immer noch weitgehend intransparent bleibe, da hier ein entsprechendes Register bislang fehle und das Grundbuch hierfür nicht ausreiche. Anonyme Immobilienkäufe oder die Umwandlung von Inhaberaktien mit Eigentümern, die nirgendwo registriert sind, eröffnen nach wie vor Möglichkeiten zur Geldwäsche. Auch die ursprünglich für 2018 geplante Digitalisierung wurde auf 2024 verschoben. Sie würde eine systematische Untersuchung der Eigentumsnetze erleichtern. (rhg/jus)

## FINANZWESEN

# Deutsche Bank im Visier der britischen Finanzaufsicht

Wegen Defiziten beim Kampf gegen Geldwäsche und der Nichteinhaltung verschiedener Meldevorschriften steht die Deutsche Bank unter besonderer Beobachtung der britischen Finanzaufsicht. Das berichten mehrere Medien. Hintergrund seien Vorwürfe der britischen Finanzaufsicht zu mangelhaften internen Kontrollsystemen. Konkret gehe es unter anderem um Verstöße gegen Melde- und Informationspflichten und Verwicklungen in den Geldwäscheskandal rund um die Danske Bank.

Transparency Deutschland fordert, dass Banken der Bankenaufsicht darlegen müssen, was sie konkret unternehmen, um integriertes Verhalten zu fördern. Das sollte der Öffentlichkeit klar strukturiert nach vereinbarten Standards mitgeteilt werden. Die Bankenaufsicht habe die Führungskultur von Banken bislang zu wenig berücksichtigt. (jp)



## FINANZWESEN

## EU-Staaten setzen Geldwäsche-Richtlinien mangelhaft um

Im Februar wurde bekannt, dass 22 von insgesamt 27 EU-Staaten die gemeinsam vereinbarte fünfte Geldwäsche-Richtlinie nur teilweise oder überhaupt nicht in das nationale Recht eingebunden haben. Zu diesem Ergebnis kam die „Expertengruppe zur Verhütung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung“, bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern der EU-Kommission und Finanzministerien der Mitgliedstaaten.

Obwohl die EU-Kommission die Geldwäsche-Richtlinie bereits vier Mal verschärft hat, gilt die Europäische Union noch immer als Paradies für Geldwäsche, was zahlreiche Skandale in jüngster Vergangenheit verdeutlichen. Voraussetzung für eine wirkungsvolle Geldwäschebekämpfung und -prävention ist die tatsächliche Übernahme der beschlossenen europäischen Vorschriften in die nationalen Gesetze des

jeweiligen EU-Staates. Neben Deutschland wenden aber lediglich Bulgarien, Italien, Litauen und Finnland das europäische Recht korrekt an. Gegen Irland und Rumänien hat die Kommission daher bereits Klage vor dem Europäischen Gerichtshof erhoben. (td)

## HINWEISGEBER

## Verfahren gegen Julian Assange beginnt

Seit seiner Festnahme im April 2019 sitzt Julian Assange in einem britischen Hochsicherheitsgefängnis. Im Februar wurde nun das Verfahren eröffnet, in dessen Rahmen das Gericht prüfen soll, ob eine Auslieferung an die USA wegen Spionage legitim ist und ob ihn dort ein fairer Gerichtsprozess erwarten kann. Zahlreiche Politikerinnen und Politiker, Nichtregierungsorganisationen und der Europarat setzen sich für seine sofortige Freilassung ein. Auch Transparency Deutschland und die Journalistenvereinigung Netzwerk Recherche forderten die Bundesregierung dazu auf, sich für Assange einzusetzen und den Schutz der Pressefreiheit zu bewahren.

Auch in Deutschland können Journalistinnen und Journalisten bei der Veröffentlichung von als geheim eingestuftem Dokumenten als Landesverräter strafrechtlich verfolgt werden. „Wenn Regierungen Menschenrechtsverstöße zum Staatsgeheimnis erklären, ist eine freie Presse unverzichtbar“, so Helena

Peltonen-Gassmann, stellvertretende Vorsitzende von Transparency Deutschland. Die Aufdeckung von Missständen dürfe daher auch in Deutschland nicht länger mit Haftstrafen bedroht werden. Ein richtiger Schritt wäre aus Transparency-Sicht, auch die Beihilfe zum Landesverrat straffrei zu machen. Das hatte der damalige Bundesjustizminister Heiko Maas bereits 2015 beim Geheimnisverrat getan.

Mit der Enthüllungsplattform Wikileaks hat Assange in den Jahren 2010 und 2011 hunderttausende geheime Unterlagen der US-Regierung veröffentlicht, die er von der ehemaligen US-Soldatin Chelsea Manning erhielt. Dadurch konnten Menschenrechtsverletzungen der US-Regierung, wie das Töten von Zivilisten und die Misshandlung von Gefangenen, aufgedeckt werden.

Ende März hatte Assange einen Antrag zur Freilassung auf Kautions gestellt, der jedoch abgelehnt wurde. Grund für den Antrag war sein kritischer gesundheitli-

cher Zustand sowie die derzeitige hohe Ansteckungsgefahr mit dem Coronavirus in Gefängnissen. Der nächste Anhörungstermin im Auslieferungsverfahren verzögert sich offenbar aufgrund der Corona-Epidemie und soll erst im September stattfinden. Viele Politikerinnen und Politiker sowie der Europarat haben die Freilassung von Assange gefordert. Doch die Bundesregierung geht kaum auf die Forderungen der beteiligten Akteure ein und sieht weiterhin keinen Anlass, das Geschehen in London zu kommentieren. (td)



## INTERNATIONAL

# Antikorrupsionspartei gewinnt Parlamentswahl in Slowakei

Die Antikorrupsionspartei „Gewöhnliche Leute und unabhängige Personen“ (OLaNO) des früheren Medienunternehmers Igor Matovič hat im Februar die Parlamentswahl in der Slowakei gewonnen. Es handelte sich um die ersten Nationalratswahlen seit der Ermordung des slowakischen Investigativjournalisten Ján Kuciak und seiner Verlobten Martina Kušnírová im Jahr 2018. Kuciak recherchierte zu Verbindungen slowakischer Regierungsstellen zur italienischen Mafia. Der Auftragsmord führte zu einem politischen Umbruch im Land. Er löste massive Proteste aus, die den Rücktritt des damaligen Regierungschefs Robert Fico zur Folge hatte. Darüber hinaus trug er zum Sieg

der liberalen Rechtsanwältin und Antikorrupsionsaktivistin Zuzana Čaputová bei der Präsidentschaftswahl ein Jahr später bei.

Entscheidend davon beeinflusst waren auch die slowakischen Parlamentswahlen. Die ideologisch schwer einordbare Protestpartei OĽaNO hatte ihr Wahlprogramm erst drei Wochen vor den Wahlen veröffentlicht. Zur Richtschnur dafür diente eine außergewöhnliche Onlineumfrage, die die Wählerpräferenzen abfragen sollte. Nichtsdestotrotz gelang es OĽaNO, aufgrund einer eindeutigen Null-Toleranz-Linie gegenüber Korruption sich überraschend gegen die bisherigen Regierungspartei Smer-SD durchzusetzen. Der 46 Jahre alt Partei-

chef Matovič, dessen Ruf größtenteils auf provokante Aktionen zurückzuführen ist, hatte sich als Verfechter der Transparenz profiliert. „Jetzt sind wir die Mafia definitiv losgeworden!“ rief er nach seiner Wahl und versprach, allen 5,4 Millionen Slowaken zu dienen, nicht nur den obersten Zehntausend.

OĽaNO hat mit der nationalkonservativen rechtspopulistischen Partei „Wir sind Familie“ und zwei weiteren Parteien ein Bündnis gebildet. Inwiefern die neue Regierung sich von der Vorhergehenden unterscheiden wird und ihr Versprechen zur Bewältigung der Korruption hält, gleichzeitig aber den weiteren Herausforderungen für den EU-Staat nachkommt, bleibt abzuwarten. (ok)

## SPORT

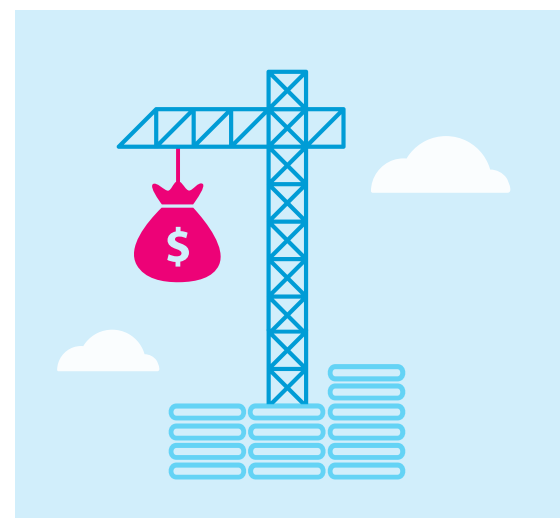
# Rio de Janeiro: Ex-Bürgermeister wegen Korruption angeklagt

Die brasilianische Staatsanwaltschaft hat gegen den ehemaligen Bürgermeister von Rio de Janeiro Eduardo Paes und weitere 23 Personen Anklage erhoben wegen Betrug und „passiver“ Korruption.

Hintergrund der Anklage sind Unregelmäßigkeiten beim Vergabeverfahren und Bau der Sportanlagen für die Olympischen Spiele 2016. In diesem Zuge sollen umgerechnet 22 Millionen Euro veruntreut worden sein. Von insgesamt 40 interessierten Unternehmen habe aufgrund passgenau zugeschnittener Bewerbungsvorgaben letztlich lediglich ein mit Paes befreundeter Bauunterneh-

mer einen Vorschlag eingereicht und den Auftrag erhalten.

Der Fall reiht sich ein in eine Kette von Korruptionsvorfällen rund um die Olympischen Spiele in Rio. Unter anderem hatte Sérgio Cabral Filho, ehemaliger Gouverneur von Rio de Janeiro, für zwei Millionen US-Dollar Stimmen von Mitgliedern des Internationalen Olympischen Komitees gekauft. Somit fiel die Entscheidung über den Austragungsort der Olympischen Spiele auf Brasilien. In der Folge wurde Cabral Filho 2018 wegen Bestechlichkeit, Geldwäsche und Bildung einer kriminellen Vereinigung zu lebenslänglicher Haft verurteilt. (az)



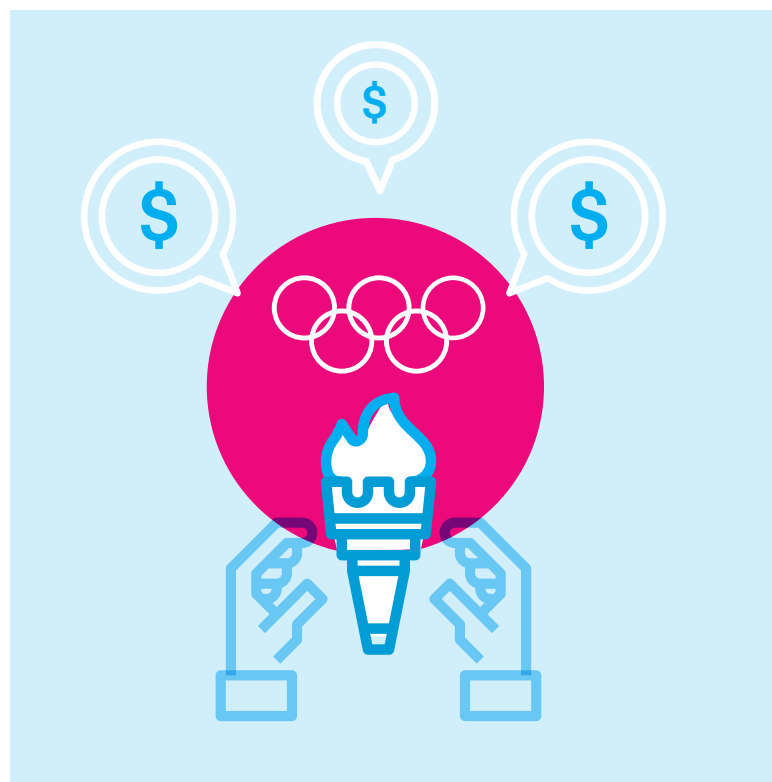
SPORT

# Korruptionsverdacht bei Olympiavergabe an Tokio

Laut Nachrichtenagentur Reuters berichtet das japanische Magazin Facta über Millionen-Dollar-Zahlungen im Vorfeld der Abstimmung zur Vergabe der Olympischen Spiele an Tokio. Darin heißt es, dass 8,2 Millionen Dollar an die einflussreiche Sportvermarkterfirma von Haruyuki Takahashi geflossen sein sollen, der zugleich Mitglied der Geschäftsleitung des Tokioter Olympischen Organisationskomitees (TOCOG) ist. Weitere 1,3 Millionen Dollar gingen nach Angaben des Berichts an das Kano Institut. Dessen Chef ist der ehemalige japanische Ministerpräsident und heutige TOCOG-Präsident Yoshiro Mori. Diese wiederum hätten vor der Stimmabgabe hochrangige, stimmberechtigte IOC-Mitglieder mit Geschenken bedacht.

Die internationalen Berichte stützen sich auf die Ermittlungen zur Vergabe der Spiele an Tokio, die seit mehr als vier Jahren vor allem von der Finanzstaatsanwaltschaft Parquet National Financier (PNF) in Paris vorangetrieben werden.

Mehrere deutsche Zeitungen zeichnen zudem das Bild eines schillernden und weitverzweigten Netzwerkes an Funktionären, Agenturen und Geldströmen, die teilweise schon seit Jahrzehnten zu bestehen scheinen. Doch alle Ermittlungen und Berichte blieben bisher weitgehend folgenlos. (as)



SPORT

# Neue Details zu Korruption bei Fußball-WM-Vergaben

In einer 70-seitigen Anklageschrift gegen drei Mitglieder des FIFA-Exekutivkomitees legt die Staatsanwaltschaft in New York neue Details vor, die einen Stimmenkauf bei der Vergabe der Weltmeisterschaften 2018 an Russland und 2022 an Katar beweisen sollen. Demnach sollen der inzwischen verstorbene Nicolas Leoz und Ricardo Teixeira als FIFA-Exekutivkomitee-Mitglieder sowie ein namentlich nicht benannter weiterer FIFA-Funktionär Geld angenommen haben und ihre Stimmen dafür zugunsten

Katars abgegeben haben. Genaue Summen nennt die Anklageschrift allerdings nicht. Auch drei Medienrechthändler und einem Unternehmen aus Uruguay wirft die Anklage Überweisungsbruch und Geldwäsche vor.

Dass die Staatsanwaltschaft mit der Anklageschrift weiter Druck macht und für eine Aufklärung sorgen will, zeige, wie ernst es den US-amerikanischen Justizbehörden damit ist, die Korruptionsstrukturen in der FIFA transparent zu machen. Eine Neuvergabe des Wett-

bewerbs ist jedoch aus Sicht von Sylvia Schenk, Leiterin der Arbeitsgruppe Sport bei Transparency Deutschland, und weiterer Experten unwahrscheinlich. Außerdem deckt die Anklageschrift nicht alle wichtigen Punkte ab. So sagte Schenk gegenüber der FAZ: „Bei Korruption kommt es immer darauf an, dass eine Zahlung mit einer Handlung in Verbindung gebracht wird. Da sind wir keinen Schritt weiter. Es fehlt an wesentlichen Fakten: Wer hat wie viel gezahlt und wie war die Verknüpfung.“ (as)



# Der Ex-Oberbürgermeister von Ingolstadt – ein Macher mit zu engen Verbindungen zur Immobilienbranche

BEATE HILDEBRANDT

*Sein Aufstieg schien unaufhaltsam und makellos; sein Fall war umso tiefer. Mit der „Lichtgestalt“ der CSU, dem strahlenden und weltgewandten Oberbürgermeister und „Macher“ von Ingolstadt ging es steil bergab, nachdem ruchbar geworden war, dass er sich von einem Immobilienunternehmer hatte schmieren lassen.*

Seit 2016 wurde gegen ihn ermittelt, seit März 2019 verhandelte das Landgericht Ingolstadt gegen Alfred Lehmann. Am 22. Oktober 2019 erging das Urteil: zwei Jahre Freiheitsstrafe unter Strafaussetzung zur Bewährung wegen Bestechlichkeit und Vorteilsannahme. Gleichzeitig ordnete das Gericht die Einziehung von 383.000 Euro aus dem Vermögen des Verurteilten sowie die Zahlung von 12.000 Euro zugunsten verschiedener gemeinnütziger Einrichtungen an.

Angefangen hatte es ganz anders. Lehmann war nach erfolgreich abgeschlossenem BWL-Studium und Promotion ab 1979 zunächst in leitender Position in einem großen Unternehmen tätig. Er wechselte danach zur Münchener Handwerkskammer, deren Geschäftsführer er bis 1996 war. In der Folge trat er als Wirtschaftsdezernent in die Dienste der Stadt Ingolstadt, einer prosperierenden Gemeinde in Oberbayern, und wurde Mitglied der CSU. Bei den Kommunalwahlen 2002 und 2008 wurde er mit jeweils deutlich mehr als 50 Prozent der Wählerstimmen zum Oberbürgermeister (OB) gewählt und lenkte fortan bis zum Jahr 2014 sehr erfolgreich die Geschicke der Stadt. Im Frühjahr 2014 trat er nicht mehr als OB-Kandidat an; er ließ sich aber in den Stadtrat wählen. Einige Zeit später wurde in der Stadt bekannt, dass er als „Senior Advisor“ in Diensten des Headhunters Labbé stand, der auch Führungskräfte für städtische Unternehmen in Ingolstadt vermittelt hatte. Nach heftigen Protesten gegen diese Verquickung von öffentlichen Aufgaben und Beratertätigkeit legte Lehmann Ende 2016 sein Stadtratsmandat nieder.

Etwa gleichzeitig nahm das Ermittlungsverfahren gegen ihn und andere Personen Fahrt auf; Hausdurchsuchungen wurden durchgeführt. Der Chef des Klinikums Ingolstadt wurde wegen des Verdachts der Untreue in Untersuchungshaft genommen. Im Zuge der Ermittlungen stellte sich heraus, dass Lehmann in seiner Zeit als Oberbürgermeister und Aufsichtsratschef der Klinikum GmbH direkten Einfluss auf den Verkauf des Areals „Alte Klinik“ genommen hatte. Und ausgerechnet von dem Immobilienunternehmer, der auf sein Betreiben hin den Zuschlag erhielt,

kaufte Lehmann mehrere neu erstellte Eigentumswohnungen – zu einem Preis, der weit unter dem Marktwert lag.

Die Staatsanwaltschaft wertete dies als strafbares Verhalten und erhob Anklage wegen Bestechlichkeit. Gleichzeitig leitete die bayerische Landesankwaltschaft ein Disziplinarverfahren gegen den ehemaligen Wahlbeamten ein. In dem Verfahren vor dem Landgericht Ingolstadt gegen ihn und den beteiligten Bauunternehmer wies der ehemalige OB bis fast zum letzten Verhandlungstag alle Vorwürfe weit von sich. Erst nach Durchführung der gesamten Beweisaufnahme und der Anhörung zahlreicher Zeugen, als ihm vernünftigerweise keine andere Möglichkeit mehr blieb, legte er über seinen Verteidiger ein Geständnis ab. Ein Umstand, der ihn letztlich wohl vor dem Gefängnis bewahrte. Denn die Kammer konnte nun von einer gewissen Einsicht bei dem Angeklagten ausgehen und die Freiheitsstrafe so bemessen, dass sie gerade noch zur Bewährung ausgesetzt werden konnte. Mit der Einziehung von mehr als 380.000 Euro wurden die Vorteile, die Lehmann aus seinen kriminellen Handlungen gezogen hatte, abgeschöpft.

Das Urteil ist rechtskräftig. Automatische gesetzliche Folge der Verurteilung ist, dass Lehmann seine Rechte als Ruhestandsbeamter und damit sämtliche in vielen Jahren erworbenen Pensions- und Beihilfeansprüche verliert.

Zu Beginn der Urteilsverkündung zitierte der Vorsitzende Richter mit Blick auf das lange Leugnen des Angeklagten aus einer Rede, die Papst Franziskus am 23. Oktober 2014 vor einer Delegation der Internationalen Strafrechtsgesellschaft hielt: „Korruption ist ein wenig wie Mundgeruch. Wer ihn hat, bemerkt ihn kaum; die anderen müssen es ihm sagen.“

**Landgericht Ingolstadt, Urteil vom 22. Oktober 2019, Az. 1 KLS 31 Js 20260/16**



VORSTELLUNG KORPORATIVER MITGLIEDER:  
DIE STADT KÖLN

## „Korruptions- prävention ist nicht nur ein Schlagwort“

Die Stadt Köln ist seit Januar 2020 das siebte kommunale Mitglied von Transparency Deutschland. Im Interview erklärt Kölns Oberbürgermeisterin **Henriette Reker**, wie es dazu kam.

INTERVIEW: ULRIKE LÖHR

### Frau Reker, Sie sind mit dem Versprechen angetreten, den Kölischen Klüngel zurückzudrängen.

Ich bin sicher, dass der „Klüngel“ kein „kölsches“ Phänomen ist, sondern in anderen Städten anders heißt – zum Beispiel „Filz“. Das das sich gegenseitig helfen, wenn man sich kennt, hier einen eigenen Namen hat, ist aber bemerkenswert. Wir haben in der Stadtverwaltung Konsequenzen aus den vorgeworfenen Unregelmäßigkeiten gezogen. Die Stadt Köln hat ein umfassendes Regelsystem zur Korruptionsprävention. Und ich bin zu meiner Amtszeit mit dem Vorsatz angetreten, die Verwaltungsarbeit transparenter zu machen, mehr konkrete Bürgerbeteiligung einzuarbeiten und damit Korruptionsversuche gar nicht erst entstehen zu lassen. So können alle Vorlagen der Verwaltung bereits mit ihrer verwaltungsinternen Schlusszeichnung noch vor den Beratungen in den politischen Gremien im Internet im Original gelesen werden. Transparenz hat eine große Schlüsselfunktion gegen illegale Absprachen.

### Was war der Anlass für die Stadt Köln, Mitglied bei Transparency zu werden?

Wir haben diese Mitgliedschaft angestrebt, weil es uns mit transparentem und korrektem Verwaltungshandeln ernst ist und wir mit Transparency International Teil einer starken Vereinigung mit viel Erfahrung werden. Die Stadt Köln zeigt damit: Korruptionsprävention ist nicht nur ein Schlagwort. Es ist ein verbindliches Prinzip, an dem wir uns messen lassen – auch vor dem Hintergrund der Korruptionsvorwürfe Ende der 90er Jahre. Deshalb haben die zuständigen Gremien den politischen Antrag, bei Transparency Deutschland Mitglied zu werden, einstimmig angenommen.

### Welchen Nutzen möchte die Stadt Köln aus der Mitgliedschaft bei Transparency ziehen?

Wir wissen mit Transparency International eine starke Initiative an unserer Seite, die uns Standards an die Hand gibt, die wir



Oberbürgermeisterin  
Henriette Reker

unterstützend zu unseren eigenen Bemühungen und Verfahren heranziehen können. Zusätzlich ergibt sich durch die Mitgliedschaft ein Netzwerk aus Mitstreitern in der Korruptionsprävention – gemeinsame Maßstäbe zu entwickeln und der fachliche Austausch sind sehr wertvoll. Die Stadt Köln hat großes Interesse, sich aktiv einzubringen. Wir würden gerne unsere Erfahrungen und Konzepte vorstellen und umgekehrt von anderen Beteiligten lernen.

### Welche Instrumente zur Korruptionsprävention hat die Stadt Köln entwickelt und setzt diese ein?

Die Stadt Köln hat ein umfassendes Maßnahmenprogramm zur Korruptionsprävention aufgestellt, das den Beschäftigten die Annahme von Vergünstigungen untersagt und transparente Regeln zum Sponsoring vorsieht. Alle Stellen der Stadt Köln werden nach ihrer Korruptionsgefährdung eingestuft und es wird sichergestellt, dass Beschäftigte nicht dauerhaft in besonders gefährdeten Bereichen eingesetzt werden. Bürgerinnen und Bürger sowie alle städtischen Mitarbeitenden können sich jederzeit an die Antikorruptionsbeauftragte im Rechnungsprüfungsamt wenden. Die Beauftragte kann bei einem Korruptionsverdacht die Staatsanwaltschaft einschalten. Mit Unterstützung eines externen Beraters diskutieren die Ratsfraktionen eine Überarbeitung des Public Corporate Governance Kodex. Hier geht es auch darum sicherzustellen, dass zukünftig alle Besetzungen von Geschäftsführungsfunktionen in Gesellschaften und Vereinen, bei denen die Stadt Köln beteiligt ist, in einem transparenten Verfahren erfolgen.

### Wie gehen Sie als Kölner Oberbürgermeisterin mit dem Aspekt der Transparenz um?

Transparenz ist einer der Eckpfeiler, um Korruption vorzubeugen. Transparenz wirkt dabei in mehrere Richtungen – zum einen nach innen in die Verwaltung. Sie gibt den Mitarbeitenden Sicherheit in ihrem Handeln. Zum anderen nach außen in Bezug auf externe Klienten und Partner, die sich auf Standards in der Zusammenarbeit verlassen können. Es limitiert auch die Versuchung. Dies zeigt sich zum Beispiel bei der Erteilung von Aufträgen oder dem Eingehen von Kooperationen. Und für die Bürgerinnen und Bürger schafft Transparenz Vertrauen – für jeden Kontakt mit der Verwaltung, aber auch in die Entscheidungsgremien der Stadt. Nur aus Teilhabe wird Akzeptanz.

# Autos, Daten und Geschäftsmodelle

Was passiert mit all den Daten, die wir beim Autofahren produzieren? Ist das geregelt oder geht es zu wie im „Wilden Westen“, sprich im Silicon Valley, wo der Spruch „move fast and break things“ gilt? Transparency Deutschland hat das Thema aufgegriffen und im Februar das Symposium „Macht und Digitalisierung: Wer nutzt, wer kontrolliert automobile Daten?“ organisiert.

JOCHEN BÄUMEL

Angefangen von Kundendaten zu Kauf und Finanzierung, über statische Daten, die wichtig für die Wartung sind, bis hin zu Navigationsdaten, die Auskunft über die persönlichen Bewegungen im Verkehr geben – über welche Daten kann ein Hersteller jetzt und in Zukunft verfügen? Und wie soll mit Daten zur Kommunikation zwischen den Fahrzeugen und der Umwelt umgegangen werden?

Mit moderner Datenanalytik lassen sich Fahrerinnen und Fahrer durchleuchten, ihre Charaktere können beschrieben, Gewohnheiten herausgearbeitet werden. Wie stellen wir sicher, dass die Datenschutzgrundverordnung eingehalten und unsere Grundrechte berücksichtigt werden?

Rechtlich durchsetzbare Ansprüche auf Fahrzeugdaten gibt es derzeit nicht, faktisch verfügen die Fahrzeughersteller darüber – so brachte es Julius Reiter, Vorstandsmitglied von Transparency Deutschland, im Rahmen der Veranstaltung auf den Punkt. Die Nutzer aber wünschen sich laut einer Umfrage des Automobil-Weltverbandes FIA zu 90 Prozent, über ihre Daten selbst verfügen zu können.

Die Chancen dafür schätzt Marit Hansen, Datenschutzbeauftragte von Schleswig-Holstein, besser ein als in anderen Bereichen. Beim Auto setze der Verbraucher auf Sicherheit und Vertrauenswürdigkeit, er wisse, dass Qualität ihren Preis habe, anders als im Internet mit seiner Kultur der Kostenlosigkeit.

Drei Modelle sind in der Diskussion, wie mit Autodaten künftig zu verfahren ist. Das umstrittenste ist das Modell der Hersteller, die alle Daten, die ein Fahrzeug produziert, zuerst auf ihren Servern im Unternehmen speichern, verarbeiten und dann erst an andere Interessenten weiterleiten würden. Alles natürlich nur, wenn die Fahrzeugnutzer dem zustimmen würden. Denn das



Von links: Julius Reiter, Marit Hansen, Moderator Harald Asel, Olaf Schick und Ulrich Klaus Becker

Ziel sei, Vertrauen zu schaffen. Der Hersteller sei der Treuhänder, meinte Olaf Schick von der Daimler AG.

In Zeiten von Dieselgate konnte diese Darstellung als „Treuhänder“ die weiteren Diskussionsteilnehmer nicht überzeugen. Wie können die Hersteller, wenn auf ihrem Backend die Daten gesammelt, verarbeitet und verteilt werden, gleichzeitig neutrale Treuhänder sein? Durch eine Umdeutung der Begriffe würden falsche Eindrücke erweckt, wirkliche Interessen würden verschleiert.

Für ein zweites Modell sprach sich der Vizepräsident des ADAC Ulrich Klaus Becker aus. Er trat für einen neutralen Server ein und sprach dabei nicht nur für den ADAC als Pannenhelfer, sondern auch für die technischen Überwachungsvereine, die Versicherungen und freien Werkstätten. Aber auch bei diesem Modell gab es Widerspruch – die Machtkonzentration sei zu groß.

Für ein drittes, „föderales“ Modell warben Jürgen Bönninger, Geschäftsführer der Fahrzeugsystemdaten GmbH, und Julius Reiter. Sie schlugen vor, möglichst viele Daten im Auto zu belassen. Die Nutzer sollten selbst darüber entscheiden können, welche Daten, die sie durch ihr Fahrverhalten generieren, sie Dritten zur Verfügung stellen möchten. Die Daten könnten für ihre jeweiligen Zwecke kategorisiert und verschlüsselt werden. Daten, die beispielsweise für Hersteller, Behörden oder Versicherungen wichtig seien, könnten so zweckgebunden weitergegeben werden.

Dabei sollte immer die Zustimmung der Fahrerinnen und Fahrer erforderlich sein, wenn dem nicht gesetzliche Anforderungen entgegenstehen, etwa Aspekte der Sicherheit oder der Verkehrsplanung. Ein gesetzlich verankertes Trustcenter sollte über die Zugangsberechtigung entscheiden und die Zugangsschlüssel verwalten, die für die jeweiligen Zwecke erforderlich sind, so dass nicht jeder alle Daten zu beliebigen Zwecken abfragen kann. Dieses Modell scheint aus Sicht von Transparency am besten geeignet zu sein für die Interessen der Fahrzeugnutzer, weil Machtkonzentration vermieden und Wettbewerb gefördert wird.

**Ein Mitschnitt der Debatte ist in der [Online-Mediathek des Inforadio \(rbb\)](#) nachhörbar.**

# Transparency International auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2020

Die Bedeutung von Transparenz und Rechenschaftspflicht im Verteidigungs- und Sicherheitssektor

PETER CONZE

Transparency International organisierte auch auf der diesjährigen Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2020 eine hochrangige Podiumsdiskussion. Im Mittelpunkt stand die Bedeutung von Transparenz, Rechenschaftspflichten und Integrität im Verteidigungssektor und, im weiteren Sinn, das Zusammenspiel von Korruption, Sicherheit und Stabilität generell.

Dabei wurde deutlich, dass es in vielen Ländern im Verteidigungssektor noch immer an den in anderen öffentlichen Sektoren üblichen, grundlegenden Governance-Standards fehlt. So zeigte das Panel die Notwendigkeit maßgeschneiderter Reformprogramme und die Schlüsselrolle, die unabhängige Aufsichtsmechanismen und Analyseinstrumente bei der Unterstützung der Korruptionsbekämpfung spielen können. Ein Paradebeispiel für ein solches Instrument ist der Government Defence Integrity Index des Defence and Security-Programms von Transparency International (TI-DS).

Das Panel profitierte enorm von der Teilnahme zweier fachkundiger Politiker, die sich für Verteidigungs- und Sicherheitsreformen in ihren jeweiligen Ländern einsetzen: Andriy Zagorodnyuk, Verteidigungsminister der Ukraine, und Hamdullah Mohib, Nationaler Sicherheitsberater von Afghanistan. An der Podiumsdiskussion nahmen auch zwei führende Experten auf dem Gebiet der Korruptionsbekämpfung teil: Steve Francis, Direktor von TI-DS, und John Sopko, US-Sondergeneralinspektor für den Wiederaufbau Afghanistans (SIGAR).

## Korruption führt zu Verlust an Effizienz und Vertrauen

Während der Diskussion berichteten Zagorodnyuk und Mohib von den Folgen der Korruption im jeweiligen Verteidigungssektor. Sie waren sich einig, dass Korruption nicht nur zu ineffektiven und ineffizienten Verteidigungs-, Sicherheits- und Polizeikräften geführt habe, sondern auch zu einem Verlust des Vertrauens der Öffentlichkeit in den Staat. Dies sei besonders der Fall, wenn der Staat nicht in der Lage erscheine, die grundlegende Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten.

Noch schwieriger als die grundlegenden Probleme festzustellen, ist es, Reformen anzustoßen und durchzuführen. Andriy Zagorodnyuk äußerte sich dennoch optimistisch und betonte, wie wichtig es sei, dass die politische Führung sich zum Wandel bekenne. Insbesondere erwarte er eine Senkung des Korruptions-



Andriy Zagorodnyuk,  
Verteidigungsminister der Ukraine

risikos im Beschaffungswesen durch die Einführung auf neuer Technologie basierender Aufsichtsprozesse. Hamdullah Mohib skizzierte erfolgreiche Ansätze in Afghanistan zur Digitalisierung der Gehaltslisten von Soldaten, um falsche Zahlungen an sogenannte „Geistersoldaten“ zu vermeiden.

John Sopko berichtete von der Arbeit seines Teams in den vergangenen Jahren. Durch einen multisektoralen Ansatz könne SIGAR ein umfassendes Bild vom Kampf gegen schlechte Regierungsführung und Korruption in Afghanistan sowie der Wirksamkeit der Maßnahmen der internationalen Gemeinschaft gewinnen. Dabei profitiere SIGAR davon, als außenstehender, unabhängiger Beobachter politischem Druck und „Realpolitik“ in Afghanistan widerstehen zu können.

Steve Francis stellte den Government Defence Integrity Index von TI-DS dar. Der Index bewertet die Regierungsstandards und Korruptionsrisiken der Verteidigungssektoren von rund 90 Ländern. Die Ergebnisse ermöglichen einen Vergleich zwischen Ländern und geben Regierungen, der Zivilgesellschaft, den Aufsichtsorganen, den Gebern und den Unternehmen einen umfassenden Einblick in das Korruptionsrisiko bei den betreffenden Institutionen. Der Index könne nicht nur als Bewertungsinstrument genutzt werden, sondern auch Möglichkeiten für Reformen aufzeigen.

So brachte die Diskussion das vertiefte Wissen zweier führender Verteidigungs- und Sicherheitspolitiker über den politischen Kontext in Afghanistan und der Ukraine auf der einen Seite sowie die Erfahrungen von Transparency International und SIGAR auf der anderen Seite zusammen. Dabei gelang es, die strategischen, politischen und praktischen Herausforderungen der Korruptionsbekämpfung darzustellen. Die Offenheit und Ehrlichkeit der Diskussion lieferte einen wertvollen Einblick in die Realität der Korruptionsbekämpfung im Sicherheits- und Verteidigungssektor.

JUNGE AKTIVE IM PORTRÄT: LOUISA SCHLOUSSEN

# „Wir brauchen ein Gesetz, das mutige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer umfänglich schützt und unterstützt“

**Louisa Schloussen** promoviert derzeit zum Thema Hinweisgeberschutz. Sie engagiert sich seit Juni 2019 bei Transparency Deutschland und hat im Februar 2020 die Leitung der Arbeitsgruppe Hinweisgeber übernommen.

INTERVIEW: KARSTEN KLÄGE

## Wie bist Du zu Transparency Deutschland gekommen?

Im Rahmen meiner Recherche für die Doktorarbeit bin ich immer wieder auf wertvolle Dokumente von Transparency International zum Thema Hinweisgeberschutz gestoßen. Da ich mein Wissen in dem Bereich nicht nur für meine Doktorarbeit nutzen wollte, spielte ich zunehmend mit dem Gedanken, mich bei Transparency Deutschland zu engagieren. Glücklicherweise traf ich zufällig einen Kollegen, der bereits in der Arbeitsgruppe Hinweisgeber aktiv war. Er schilderte mir die lebhaften Diskussionen in der AG und die vielfältigen Möglichkeiten der Advocacy-Tätigkeit. Nach dem Gespräch entschied ich mich, Mitglied zu werden und durfte bereits kurz darauf meinen ersten Vortrag für Transparency Deutschland an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg zum Thema Hinweisgebervverfahren halten. Ich habe nicht damit gerechnet, dass mir die AG-Mitglieder sogar so schnell das Vertrauen entgegenbringen, die AG zu leiten. Das macht mich sehr stolz und zeigt mir, dass auch junge Leute bei Transparency Deutschland die Möglichkeit bekommen, viel zu bewegen.

## Womit beschäftigst Du Dich in Deiner Promotion genau?

Ich untersuche die Anforderungen an interne Hinweisgebervverfahren in Organisationen des privaten und öffentlichen Sektors sowie an externe Hinweisgebervverfahren zu den jeweiligen Behörden. Dabei konzentriere ich mich auf die bestehenden unionsrechtlichen Vorschriften und die entsprechenden Umsetzungsnormen in Deutschland. Anhand meiner chronologischen Untersuchung bewerte ich die rechtliche Entwicklung in der Europäischen Union und in Deutschland. Anschließend formuliere ich meine Empfehlungen für die Umsetzung der EU-Hinweisgeber-Richtlinie.

Im Oktober 2019 haben das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union die Richtlinie 2019/1937 verabschiedet. Die Richtlinie schützt Personen, die Verstöße gegen bestimmte EU-Rechtsakte melden. Sie fordert interne und externe Meldekanaäle, verbietet jegliche Form der Repression gegen Hinweisgeber und verordnet psychologische, finanzielle und rechtliche Unterstützung seitens des Staates.

## Wie sollte die Umsetzung der EU-Richtlinie in deutsches Recht aussehen?

Wir haben gemeinsam mit dem Whistleblower-Netzwerk Forderungen für eine erfolgreiche Umsetzung in einem Positionspapier veröffentlicht. Dazu gehört insbesondere, dass das Gesetz auch Personen schützen muss, die Verstöße gegen nationales Recht melden. Bei einer Eins-zu-eins-Umsetzung der Richtlinie müssten potenzielle Hinweisgeber herausfinden, ob der Verstoß europäische oder nationale Rechtsbereiche verletzt. Diese selbst für Juristen schwierige Zuordnung darf ihnen nicht zugemutet werden.

Revolutionär wird die Umsetzung für den öffentlichen Dienst sein, da die Richtlinie auch für Beamte gilt. Im öffentlichen Sektor wird das Meldeverfahren derzeit durch die beamtenrechtlichen Pflichten bestimmt, sodass sich Beamte mit der Meldung rechtswidriger Umstände grundsätzlich an ihre Vorgesetzten wenden müssen. Durch die Umsetzung der Richtlinie bedarf es einer erheblichen Erweiterung dieser Regelungen.

## Wären Hinweisgeber dann künftig vollständig geschützt?

Selbst wenn das neue Gesetz vollumfängliche Schutzmaßnahmen vor Repressalien vorsieht, wird es weiterhin Fälle geben, in denen Hinweisgeber starke persönliche Benachteiligungen erleiden. Für diese Personen sollte die Bundesregierung einen Unterstützungsfonds einrichten, um zumindest finanzielle Nachteile auszugleichen.

Die Bundesregierung ist aufgefordert, ein Gesetz zu schaffen, das mutige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer umfänglich schützt und unterstützt. Gemeinsam mit dem Whistleblower-Netzwerk werden wir die Umsetzung weiterhin kritisch begleiten.

**Das aktuelle Positionspapier von Transparency Deutschland und dem Whistleblower-Netzwerk finden Sie online unter [www.transparency.de/publikationen](http://www.transparency.de/publikationen).**



Bild: Weißer Ring



## Führungskreistreffen 2020 – Im Zeichen der Strategie

ADRIAN NENNICH

Traditionell treffen sich jedes Jahr am ersten Märzwochenende die Mitglieder des Vorstandes, die Leiterinnen und Leiter der Arbeits-, Projekt- und Regionalgruppen sowie die Mitarbeitenden der Geschäftsstelle zum Führungskreistreffen im Augustinerkloster zu Erfurt. Die dreitägige interne Klausur bietet den sonst über ganz Deutschland verstreuten Ehrenamtlichen die Möglichkeit, intensiv über aktuelle wie auch grundlegende Fragen zu sprechen. Erstmals war auch eine Gruppe „Junger Aktiver“ Transparency-Mitglieder nach Erfurt eingeladen, um ihre Perspektive einzubringen und für frische Impulse zu sorgen.

Das diesjährige Treffen stand ganz im Zeichen der Debatte über die Erarbeitung einer grundsätzlichen Strategie für die kommenden Jahre. Auf der Grundlage eines Entwurfs, der bereits in den vergangenen Monaten erarbeitet worden war, fokussierten sich die Gespräche auf zwei Punkte: Zum einen wurde die Notwendigkeit einer Zuspitzung auf thematische Schwerpunkte diskutiert. Für das kommende Jahr kristallisierte sich das Thema Hinweisgeberschutz heraus, da Deutschland bis zum Frühjahr 2021 die entsprechende EU-Richtlinie umsetzen muss. Als weiteres Fokusthema wurde über illegale Finanzströme gesprochen, da die Überprüfung Deutschlands durch die FATF ein geeignetes Gelegenheitsfenster bietet.

Zum anderen ging es darum, wie die Organisation strukturell, finanziell und personell für die Zukunft fit gemacht werden kann. Für eine weitere Professionalisierung sowie eine Erhöhung der Wirksamkeit wird dabei eine deutliche Steigerung des Budgets sowie der Mitglieder und eine Stärkung der Geschäftsstelle angestrebt.

Einen zusätzlichen inhaltlichen Impuls setzte Brice Böhmer, Leiter des Climate Governance Integrity-Programms von Transparency International. Er diskutierte mit den Anwesenden, wie Korruption Maßnahmen gegen den Klimawandel beeinträchtigen kann, und stellte vor, wie das internationale Sekretariat im Themenfeld Klima aktiv ist. In einem Workshop zur Presse- und Öffentlichkeitsarbeit wurde außerdem der Umgang mit Interviewsituationen geübt.



## Interdisziplinärer Austausch der neuesten Forschungsergebnisse zu Korruption

MAX BRAUN

Das KorrWiss Kolloquium bringt regelmäßig junge, internationale Forscherinnen und Forscher aller wissenschaftlichen Disziplinen zu einem Austausch über aktuelle Forschungsprojekte in der Korruptionsforschung zusammen.

Ursprünglich hatten sich zum diesjährigen achten Treffen 16 Vortragende und Gäste aus fünf Ländern Mitte März an der Freien Universität Berlin verabredet. Vorgesehen waren Vorträge zu einem breiten Themenspektrum: Korruption in extraktiven Industrien und der Baubranche, Korruptionsdetektion, Straf- und Gerichtsbarkeit von Korruptionsdelikten, länderspezifische Korruptionsthematiken Afrikas und Osteuropas sowie ein Austausch mit Vertretern von GRECO, der Staatengruppe gegen Korruption des Europarats.

Durch die verhängten Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus musste die Veranstaltung nur 36 Stunden vor Beginn spontan in die virtuelle Welt verlegt werden. Nach der Umstellung des Formats tauschten sich letztendlich neun Teilnehmende per Videokonferenz aus.

Alexander Ponader von der Humboldt Universität zu Berlin präsentierte seine Forschung zu den rechtlichen Prinzipien der Strafbarkeit von Bestechung und Bestechlichkeit ausländischer Amtsträger. Er setzte sich mit der Frage auseinander, inwieweit die Einhaltung internationaler Vereinbarungen, der Schutz des internationalen Wettbewerbs, der Schutz inländischer und ausländischer Verwaltungen oder der Schutz der Menschenrechte als schützenswerte Rechtsgüter in Betracht kommen.

Ein weiteres Thema war die Bekämpfung der Abgeordnetenbestechung und -bestechlichkeit in Deutschland. Dazu referierte Rinuccia La Ruina (ebenfalls HU Berlin). Ihre Hauptkritik besteht darin, dass einige Tatbestandsmerkmale des Paragraph 108e im Strafgesetzbuch die Strafrechtsverfolgung erschweren. Außerdem kritisiert sie, dass Fälle von „Anfüttern“ eines Abgeordneten und von „Dankeschön-Spenden“ derzeit nicht erfasst seien.

Max Braun von der Freien Universität Berlin stellte seine Studie zur Unternehmenskommunikation deutscher Firmen vor, die zeigt, wie sich illegitime Unternehmenshandlungen in Manipulationen des Inhalts, der verwendeten Sprache sowie den verwendeten Bildern niederschlagen und somit beobachtbar werden.

Abschließend tauschten sich die Teilnehmenden mit den GRECO-Vertretern über die Stärkung akademischer Netzwerke in der Korruptionsforschung aus.

VORSTELLUNG NATIONALER CHAPTER: TRANSPARENCY BELGIEN

# „Je besser die Institutionen sind, desto besser können wir Korruption bekämpfen“

Im Gespräch mit **Hanneke de Visser**,  
Operations Director von Transparency Belgium

INTERVIEW: JONATHAN PETERS

**Würden Sie sagen, dass die Auswirkungen von Korruption in der belgischen Gesellschaft spürbar sind? An welchen Bereich müssen Sie bei dieser Frage sofort denken?**

Zunächst einmal muss Korruption in diesem Zusammenhang definiert werden. Für mich hat es mit gleichberechtigtem Zugang etwa zu Dienstleistungen, zu Bildung, aber auch zu Arbeitsplätzen zu tun. In Belgien richten wir den Blick sehr stark auf den öffentlichen Sektor und Lobbyismus. Wir verfolgen nur wenige Korruptionsfälle in unserem Land, daher bleibt Korruption in unseren Augen ein großer Risikofaktor.

Einer der wichtigen Bereiche in der Gesellschaft, auf die wir uns konzentrieren wollen, ist der Sportsektor. Dort gibt es auf allen Ebenen eine Menge Fehlverhalten. Weil so viele junge Menschen Sport treiben, muss der Sport in einem Umfeld stattfinden, in dem wir etwas über Fairplay lernen. Und wenn unsere Gesellschaft jungen Menschen zeigt, dass es Fairplay nicht gibt, dann schaffen wir eine Grundlage für jemanden, der im Allgemeinen eine geringe Wahrnehmung von Integrität hat. Korruption ist also überall. Je besser die Institutionen sind, desto besser können wir die Korruption bekämpfen.

**Welche Meilensteine im Bereich der Korruptionsprävention haben Sie bisher erreichen können?**

Eines der Projekte, mit denen ich persönlich sehr zufrieden bin, ist das Local-Integrity-System-Projekt in Libyen. Wir haben in enger Zusammenarbeit mit Transparency Palästina und Transparency Tunesien eine Bilanzierung libyscher Kommunen vorgenommen und untersucht, wie beispielsweise die Rechnungen bezahlt werden, wie Menschen eingestellt werden oder wie Ausschreibungen vergeben werden. Zudem haben wir den Umgang der Behörden mit der Bevölkerung untersucht und danach gefragt, ob Bürgerinnen und Bürger in Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Auf der Grundlage dieser Einschätzung erhält man eine Vorstellung davon, wie Entscheidungen getroffen werden, wie demokratisch die Institution ist und wie stark sie sich gegen Korruption verteidigen kann. Nach diesen Bilanzierungen bieten wir den Kommunen Schulungen an, in denen wir ein Bewusstsein und Verständnis für die Mechanismen schaffen, die sie einsetzen können, um eine nachhaltige und faire Regierungsführung zu errichten.

**Woran arbeiten Sie aktuell?**

Neben zahlreichen anderen Projekten stecken wir viel Energie



in die EU-Hinweisgeber-Richtlinie und in die Frage, wie wir ein Projekt auf die Beine stellen können, das uns helfen wird, eine umfassende und wirksame Umsetzung der Gesetzgebung in Belgien zu erreichen.

**Wie ist das belgische Chapter aufgebaut? Gibt es viele Ehrenamtliche, ähnlich wie im deutschen Chapter?**

Transparency Belgium, das seit 1995 besteht, hat einen Exekutiv-ausschuss bestehend aus fünf Personen. Dort finden sich der Geschäftsführer, unser Vorsitzender, ich als Operations Director und zwei Ehrenamtliche zusammen. Es ist sozusagen der Kern von Transparency Belgium. Des Weiteren haben wir einen Vorstand bestehend aus 15 Mitgliedern. Außerdem haben wir neben individuellen auch korporative Mitglieder. Diese Unternehmen sind eine wichtige finanzielle Stütze für unsere Aktivitäten. Es sei jedoch gesagt, dass ein korporatives Mitglied Transparency Belgium nicht unterstützt, um Dienstleistungen zu erhalten, sondern weil sie glauben, dass der Kampf gegen Korruption wichtig ist.

**Wie finanzieren Sie sich?**

Neben jährlichen Beiträgen der individuellen sowie der korporativen Mitglieder existiert in Belgien die sogenannte König-Bauduin-Stiftung. In dieser Stiftung befindet sich unter anderem der Fonds „Friends of Transparency International Belgium“. Man kann bei seiner Spende diesen Fonds angeben. Das Geld sammelt sich an und wird erst freigegeben, wenn wir einen Antrag für ein konkretes Projekt einreichen, über den ein durch unseren Vorstand bestimmtes Komitee aus drei Personen entscheidet. Außerdem haben wir von der flämischen Regierung einen Zuschuss in Höhe von 100.000 Euro für das Local-Integrity-Projekt erhalten.

Bild: Transparency Belgium

# Kampf gegen Spielmanipulation: Österreich macht es vor!

In Deutschland kommt der Aufbau einer Nationalen Plattform zur Bekämpfung der Manipulation von Sportwettbewerben, in der auch Transparency vertreten ist, nur schleppend voran. Österreich ist weiter: Der Verein „Play Fair Code“ setzt seit 2012 auf Prävention – ein Gastbeitrag von Integritätsreferent Sönke Niklas.

Ende 2013 fiel das sportbegeisterte Österreich fast aus allen Wolken, als ein Wettspielskandal rund um die Fußballprofis Dominique Taboga und Sanel Kuljic publik wurde. Zu diesem Zeitpunkt war der Play Fair Code nicht einmal zwei Jahre alt – und stand plötzlich als Kompetenz gegen Manipulationen und für Integrität im Sport im Fokus. „Die Affäre hat uns sicher geholfen“, meint der ehemalige österreichische Fußball-Nationalspieler und aktuelle Play Fair Code-Präsident Günter Kaltenbrunner, „man hat gesehen, dass Österreich nicht eine Insel der Seligen ist.“

Gewettet wird seit rund 2.700 Jahren, seit den 23. Olympischen Spielen 676 vor Christus – sogar damals konnten Live-Wetten abgegeben werden. Je höher die Beträge und möglichen Gewinne, umso eher besteht die Bereitschaft, beim Zustandekommen des Resultats „mitzuhelfen“. Sport, Doping, Manipulationen, Integrität – diese Begriffe gehören seit jeher zusammen.

Auf Initiative des österreichischen Sportministeriums, des Österreichischen Fußball-Bundes und der Österreichischen Fußball-Bundesliga wurde 2012 der „Verein zur Wahrung der Integrität im Sport“ gegründet: der Play Fair Code. Er vereint mittlerweile neben den beiden Fußballverbänden auch die Fachverbände bzw. Profi-Ligen für Handball, Eishockey, Basketball, Tennis und Skisport sowie das Österreichische Olympische Comité, die Bundessportorganisation „Sport Austria“, mehrere lizenzierte Wettanbieter sowie Sponsoren und Partner. „Die Tatsache, dass wir eine Schnittstelle für Sport, Wirtschaft und Medien bieten, macht unsere Arbeit transparent für alle, die es wollen“, erklärt Geschäftsführer Severin Moritzer.

Wie kann man Wettbetrug ausschließen? In zwei Wörtern: gar nicht. „Spielmanipulationen gehören leider zur Tagesordnung im Sport“, so Moritzer, „doch wir treten dagegen an; durch Prävention und Bewusstseinsbildung.“ Athleten, Trainer, Betreuer, Vereinsverantwortliche und Schiedsrichter im Amateur- wie Profisport sind unmittelbare Gesprächspartner der Experten des Play Fair Code. In Schulungsprogrammen wird auf alle Aspekte



Schulung beim Fußball-Zweitligisten Kapfenberger SV im Oktober 2018

der Manipulation eingegangen – von der Anbahnung über den Ablauf bis hin zu den Folgen. Fazit: Wer auch nur ein einziges Mal ja gesagt hat, ist erpressbar. Mit konkreten Fällen aus der Realität und Verweisen auf aktuelle Geschehnisse lernen die Athleten und Beteiligten im Sport, wie sehr die Integrität im Sport ein schützenswertes Gut ist.

Der Play Fair Code hat sich so zu einer international beachteten Institution entwickelt, die nicht nur bei EU Erasmus+ Projekten, Fachtagungen und Symposien gefragt ist. Auch globale Akteure wie das Internationale Olympische Komitee oder der Europäische Fußballverband UEFA vertrauen auf die Expertise aus Österreich. So blickt der Verein nach acht Jahren Tätigkeit bereits auf Aktivitäten in mehr als 23 Ländern zurück. Für den Einsatz im Kampf gegen „Match-Fixing“ wurde der Play Fair Code 2014 mit dem European Fair Play Diploma ausgezeichnet.

Nächstes großes Ziel ist die formale Etablierung der Nationalen Plattform im Sinne der Europaratskonvention gegen Spielmanipulation. Informell sind diese Aufgabenstellungen bereits seit Jahren in der eng abgestimmten Kooperation des Play Fair Code mit dem österreichischen Bundeskriminalamt abgebildet und funktionieren reibungslos.

Doch der Teufel schläft nicht und der Kampf gegen die Wettspiel-Manipulation kann de facto nur vorübergehend gewonnen werden. Unlautere Machenschaften im Sport sind wie ein Virus, der unerwartet überall ausbrechen kann. Erst Anfang des Jahres 2020 wurden fünf Profi-Basketballer in Graz festgenommen. Die Anklage lautet Wettbetrug.

Klar ist also: Die Arbeit hört nie auf.

DER BEIRAT STELLT SICH VOR: KLAUS STAECK

# „Angesichts einer Pandemie bekommt der Begriff der Weltgemeinschaft einen konkreten, neuen Sinn“

Der als politischer Plakatkünstler bekannt gewordene **Klaus Staeck** ist seit drei Jahren Mitglied im Beirat von Transparency Deutschland. Sein umfassendes Werk, in dem er seit den 1960er Jahren Missstände anprangert und Haltung zeigt, wurde weltweit in mehr als 3.000 Ausstellungen präsentiert.

INTERVIEW: ADRIAN NENNICH

**In einem Interview mit der taz zu Ihrem 80. Geburtstag vor zwei Jahren haben Sie gesagt: „Ich versuche weiter, ein Störer der bequemen Verhältnisse zu sein. Nichts ist erledigt, lautet mein Credo.“ Was treibt Sie im Moment um?**

Wie werden wir uns, wenn wir gesund die Corona-Pandemie überlebt haben sollten, dem wichtigsten Thema zuwenden – die Klimakatastrophe zu vermeiden und zugleich die Wirtschaft wieder auf ein vernünftiges Niveau hochzufahren? Wie wird es uns gelingen, die Einschränkungen in der Bewegungs- und Versammlungsfreiheit, in der Unantastbarkeit unserer Grundrechte wieder auf das Maß zu bringen, das unsere Verfassung den Bürgern zubilligt? Wie werden wir die Autonomie über unsere Daten in Zukunft besser sichern – das heißt auch, den Datenschutz gegenüber den global agierenden Großkonzernen der digitalen Wirtschaft dauerhaft durchsetzen?

Vor allem aber habe ich nach dem einschneidenden Erlebnis der Viruskrise die Sorge, wie unser Leben in den Städten und Gemeinden wieder in normale Bahnen zurückkehren kann. Wie gelingt es unserer Gesellschaft, die am meisten bedrohten kleinen Firmen und Läden zu erhalten, ohne dass ihre Eigentümer an den Schulden und Krediten, die aufgelaufen sind, ersticken? Wie wird das kleine Kino in Betrieb bleiben, wie die Buchhandlung, die nicht zu einer großen Kette gehört? Wir alle haben eine Mitverantwortung, dass Künstler, die ohnehin von einem Auftrag oder Verkauf zum anderen leben mussten, ihre berufliche Existenz sichern können, anstatt endgültig ins Prekariat abzugleiten. Von „bequemen Verhältnissen“ kann derzeit keine Rede mehr sein. Die Herausforderungen, vor denen unsere Gesellschaft steht, sind so groß, dass einem die Phantasie für die Lösungswege aus der Krise ausgehen könnte. Und den Menschen in ärmeren Ländern muss ungeachtet der Situation in Deutschland oder in der europäischen Gemeinschaft unsere Solidarität gelten. Angesichts einer Pandemie bekommt der Begriff der Weltgemeinschaft einen konkreten, neuen Sinn.



Plakatmotive „Sozialfall“ (1971), „Stell dir vor du mußt flüchten“ (1986) und „Steuergerechtigkeit“ (2018)

## Wie sehen Sie die gesellschaftliche Rolle von Transparency Deutschland? Wofür treten Sie im Beirat ein?

Ich versuche, meine vielfältigen Erfahrungen als Künstler, Kunsthändler, Anwalt, politischer Aktivist und langjähriger Akademiepräsident in die notwendige Arbeit von Transparency einzubringen. Jede demokratische Gesellschaftsform wird durch wildwuchernde Korruption gefährdet. Transparency sucht durch größtmögliche Transparenz dem Einhalt zu gebieten.

## Welche Bedeutung haben Künstlerinnen und Künstler sowie Intellektuelle heute in der politischen Debatte?

Sie haben sich auf ihre Weise einzumischen. Sie müssen, bei aller Unabhängigkeit und Freiheit der Kunst, immer auch den sozialen Aspekt im Blick haben. Kunst nicht zu betreiben, um einem Eskapismus zu frönen, sondern um den Menschen etwas zu geben, was ihnen Hoffnung statt Angst vermittelt. Künstler haben nach meinem Selbstverständnis beizutragen, das Bild einer gerechten Gesellschaft zu entwerfen, Unmenschlichkeit und Gewalt anzugreifen, die Selbstgerechtigkeit politischer Despoten oder gewinnversessener Spekulanten zu entlarven. Dabei aber nicht zu vergessen, dass es immer um Kunst geht und nicht um „Agitation und Propaganda“.

## Unabhängige Untersuchung des Verhaltens von Wolfgang Wodarg abgeschlossen

Am 25. März 2020 hat der Vorstand von Transparency Deutschland ein unabhängiges Gremium beauftragt, zu untersuchen, ob das Vorstandsmitglied Wolfgang Wodarg mit seinen Äußerungen zum Coronavirus und den hierzu genutzten Plattformen, etwa KenFM, Rubikon, Geolítico und die Wissensmanufaktur, die Interessen des Vereins verletzt hat. Während dieser Arbeit ruhte seine Vereinsmitgliedschaft gemäß Paragraph 6 der Satzung vorläufig.

Das dreiköpfige Gremium bestand aus Prof. Dr. Dr. hc Gertrude Lübke-Wolff, ehemalige Richterin am Bundesverfassungsgericht und Mitglied im Beirat von Transparency Deutschland, Prof. Dr. Beate Küpper, Professorin für Soziale Arbeit in Gruppen- und Konfliktsituationen an der Hochschule Niederrhein, und Peter Conze, Gründungsmitglied von Transparency International.

Anfang Mai legte das Gremium einen 37-seitigen Bericht vor. Das Gremium kommt zu dem Ergebnis, dass das Verhalten von Wolfgang Wodarg den Ruf von Transparency Deutschland geschädigt hat und damit einen Vereinsausschluss rechtfertigen könne. Wodargs Äußerungen seien „wesentlich von verschwörungsideologischen Thesen geprägt“ und es fehle eine „auch nur ansatzweise plausible Erklärung für die Kräfte, die es geldbedürftigen Virologen ermöglicht haben sollen, weltweit jede ernstzunehmende fachliche Opposition gegen ihre eigeninteressierten Dramatisierungen auszuschalten“. Gleichzeitig sei – entgegen dem Wortlaut der Satzung – das Ruhen der Mitgliedschaft von Wolfgang Wodarg durch einen Vorstandsbeschluss aufgrund der aktuellen Rechtsprechung rechtlich fraglich.

In der Vorstandssitzung am 9. Mai hat der Vorstand auf Grundlage des Gutachtens beschlossen, das Ruhen der Mitgliedschaft von Wolfgang Wodarg aufzuheben, der Mitgliederversammlung die Abberufung von Wolfgang Wodarg aus dem Vorstand vorzuschlagen und der Arbeitsgruppe Gesundheit die Abberufung als Vorsitzender der Arbeitsgruppe zu empfehlen.

**Das Gutachten ist auf der Webseite von Transparency Deutschland einsehbar.**

## Gesucht

# Ehrenamtliche Unterstützung für Hochschulwatch

ANNA BÜNDGENS

Durchschnittlich 1,4 Milliarden Euro fließen aus der Wirtschaft jedes Jahr an deutsche Hochschulen – das entspricht fast einem Fünftel aller Drittmittel. Versuchen Unternehmen damit, Einfluss auf die Wissenschaft zu nehmen? Ist die Freiheit von Forschung und Lehre in Gefahr?

Mit dem Projekt Hochschulwatch gibt Transparency Deutschland einen Überblick über die potentiellen Einflussmöglichkeiten der Wirtschaft an deutschen staatlichen Universitäten und Universitätskliniken. Dabei werden mögliche, auch personelle, Beeinflussungen in den Hochschulgremien oder bei Stiftungsprofessuren, die Vergabe von Drittmitteln sowie Spenden und Sponsoring in den Blick genommen. Unsere Überzeugung: Nur wo Transparenz in der Finanzierung der öffentlichen Forschung und Lehre herrscht, kann ihre Freiheit erreicht werden.

Die Neuauflage der veralteten Webseite koordiniert Peter Büttner, ehrenamtliches Mitglied und stellvertretender Leiter der Arbeitsgruppe Wissenschaft von Transparency Deutschland, in Zusammenarbeit mit einem Beirat, in dem Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Studierendenschaft und Stiftungswesen vertreten sind.

Zur Unterstützung von Hochschulwatch suchen wir ehrenamtliche Mitstreiterinnen und Mitstreiter, idealerweise mit guten Kontakten an Universitäten. Das Aufgabenspektrum umfasst so unterschiedliche Tätigkeiten wie Internetrecherchen, die Zusammenarbeit mit dem Beirat oder die Beteiligung an einer kontinuierlichen Aktualisierung der Daten von Hochschulwatch.



**Bei Interesse und für weitere Informationen melden Sie sich bitte in der Geschäftsstelle telefonisch unter +49 30 54 98 98-16 oder per E-Mail an [abuendgens@transparency.de](mailto:abuendgens@transparency.de).**



Frankfurt am Main:  
Waldemar Kramer Verlag, 2019  
ISBN 978-3-737-40484-6  
176 Seiten. 14,90 Euro

EWALD HETRODT

## Die Unverfrorenen

Wie Politiker unsere Städte als Beute nehmen. Ein Exempel

„Köllscher Klüngel“ in der Landeshaupt- und Kurstadt Wiesbaden. Der für die Stadt zuständige Lokalredakteur der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Ewald Hetrodt schildert, wie über einen Zeitraum von zehn Jahren die Stadt durch die hauptamtlichen Politiker, Bürgermeister und Magistratsmitglieder als Beute genommen wurde. Dabei ging es beispielsweise um einen Museumsneubau, eine Windkraftanlage auf der Gemarkung der Stadt, den Neubau eines Kongresszentrums und ein Müllheizkraftwerk.

Es heißt in der hessischen Gemeindeordnung, die gewählte „Gemeindevertretung überwacht die gesamte Ver-

waltung der Gemeinde“ (S. 168). Dies sei Wunschdenken, führt der Autor aus, tatsächlich herrsche eine Informationsasymmetrie zwischen den hauptamtlich Tätigen, Bürgermeistern, Magistratsangehörigen sowie Verwaltungschefs und den ehrenamtlichen Stadtverordneten. Die einen bereiten Entscheidungen vor und besitzen alle (Hintergrund-) Informationen, während die anderen gar nicht über die notwendigen Informationen für ihre Aufgabe der Überwachung verfügten und zum „Stimmvieh“ (S. 169) degradiert würden.

Ein weiteres Problem sieht Hetrodt in den kommunalen Eigenbetrieben und darin, wie deren Leitungsfunktionen besetzt werden. In aller Regel intransparent, ohne Ausschreibung und ausgemacht zwischen den größeren Fraktionen: Besetzt Du diesen gut bezahlten Führungsposten mit einem deiner verdienten Männer oder „braven Parteisoldaten“ (S. 162 und 163), dann können wir den anderen Versorgungsposten besetzen. Dass fast nur Männer vorkommen, liegt am Buchtext und nicht am Autor dieser Rezension.

Schließlich sieht Hetrodt auch die extrem langsame Arbeit der, in manchen Fällen eingeschalteten, Staatsanwaltschaft als einen Hinderungsgrund, korruptiven Handlungen den Garaus zu machen. In Wiesbaden vergehen Jahre, wenn überhaupt mal etwas geschieht.

Es ist ein wütendes Buch. Die Wut ist in den meisten Fällen gut nachvollziehbar und dass die geschilderten Fälle einwandfrei recherchiert sind, davon gehe ich bei einem Redakteur einer angesehenen Zeitung aus.

Vielleicht hilft der (erst jetzt!) veröffentlichte Musterkodex „Corporate Governance“ für öffentliche Unternehmen, die schlimmsten Auswüchse einer Selbstbedienungsmentalität in den Griff zu bekommen. Es ist auch an Transparency Deutschland und seinen Regionalgruppen, das Augenmerk auf dieses Thema zu richten.

• • *Andreas Novak*

## Impressum

**Herausgeber:** Transparency International Deutschland e.V.

**Vorsitzender:** Hartmut Bäumler  
Alte Schönhauser Str. 44 · 10119 Berlin

**Redaktionsadresse:**

Alte Schönhauser Str. 44 · 10119 Berlin

**Verantwortlich:**

Dr. Christian Lantermann

**Kontakt:** redaktion@transparency.de

**Redaktionsleitung:** Adrian Nennich

**Redaktionsteam:** Anairis Diaz Maceo (adm), Till Düren (td), Beate Hildebrandt (bh), Roland Hoheisel-Gruler (rhg), Olga Kakouri (ok), Dr. Christian Lantermann (cl), Martin Lycko (ml), Moritz Mannschreck (mm), Dr. Heike Mayer (hm), Adrian Nennich (an), Jonathan Peters (jp), Juliane Schindler (jus), Anja Schöne (as), Jan Schröter (jas), Sylvia Schwab (ssc), Dorthe Siegmund (ds), Antonia Zvolisky (az)

**Editorial:**

betreut durch Dr. Christian Lantermann

**Themenschwerpunkt**

**dieser Ausgabe:**

betreut durch Adrian Nennich und Sylvia Schwab

**Nachrichten und Berichte:**

betreut durch Anja Schöne

**Gerichtsurteil im Fokus:**

betreut durch Beate Hildebrandt

**Über Transparency:**

betreut durch Adrian Nennich

**Rezensionen:**

betreut durch Adrian Nennich

**Redaktionsschluss dieser**

**Ausgabe:** 15.05.2020

**Redaktionsschluss der nächsten**

**Ausgabe:** 07.08.2020

**Schwerpunkt der nächsten Ausgabe:**

Digitalisierung

**ISSN (Print):** 2364-5024

**ISSN (Internet):** 2364-5016

**Layout:** Alexandra von Béry

**Druck:** Umweltdruckerei Hannover

Sydney Garden 9, 30539 Hannover

**Papier:** Circle Offset Premium White,

100% Recyclingpapier

**Auflage:** 1.700

**Verbreitungsweise:** unentgeltlich



Die von Transparency Deutschland genutzte

Lizenz CC BY-NC-ND 4.0 DE legt fest, dass die Vervielfältigung und Verbreitung nur dann erlaubt wird, wenn der Name der Autorin/des Autors genannt wird, wenn die Verwendung nicht für kommerzielle Zwecke erfolgt und wenn keine Bearbeitung, Abwandlung oder Veränderung erfolgt.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers / der Verfasserin wieder. Bilder soweit nicht anders angegeben: Transparency International Deutschland e.V.

# Unterstützung

Transparency Deutschland bekämpft Korruption in Wirtschaft, Staat und Zivilgesellschaft. Um unabhängig und wirkungsvoll arbeiten zu können, ist Transparency Deutschland auf Ihre Unterstützung angewiesen.

## Spenden & Fördern

Schon mit Ihrer einmaligen Spende unterstützen Sie unsere Arbeit wirkungsvoll. Als Fördererin bzw. Förderer tragen Sie durch eine regelmäßige monatliche oder jährliche Spende kontinuierlich zur Bekämpfung von Korruption bei. Wir informieren Sie dafür über unsere Aktivitäten und Veranstaltungen.

Bei Spenden und Förderbeiträgen ab 1.000 Euro pro Jahr veröffentlicht Transparency Deutschland die Namen der Spenderinnen und Spender im Jahresbericht und auf der Webseite.

## Mitglied werden

Als Mitglied bringen Sie sich aktiv ein – zum Beispiel vor Ort in einer unserer Regionalgruppen oder themenspezifisch in einer unserer Arbeitsgruppen zu Schwerpunktthemen wie Politik, Wirtschaft und Sport.

Wir sind vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt. Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerlich absetzbar.

## Transparency International Deutschland e.V.

**GLS Bank**

**Konto: 11 46 00 37 00**

**BLZ: 430 609 67**

**IBAN: DE07 4306 0967 1146 0037 00**

**BIC: GENO DE M 1 GLS**



## Ja, ich möchte Transparency International Deutschland e.V. unterstützen

- durch eine Spende von ..... Euro
- mit einem regelmäßigen Förderbeitrag von ..... Euro monatlich / jährlich
- als Mitglied mit einem jährlichen Beitrag von 100 Euro
- als Mitglied mit einem ermäßigtem Beitrag von 20 Euro jährlich (ermäßigter Beitrag gemäß beigefügtem Nachweis)

.....  
Titel, Name, Vorname

.....  
Straße und Hausnummer

.....  
PLZ und Ort

.....  
Telefon

.....  
Fax

.....  
E-Mail

Ich ermächtige Transparency International Deutschland e.V., Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von Transparency International Deutschland e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

.....  
Geldinstitut

.....  
IBAN

.....  
BIC

.....  
Ort, Datum

.....  
Unterschrift



Transparency International Deutschland e.V.  
Scheinwerfer – Das Magazin gegen Korruption  
Geschäftsstelle  
Alte Schönhauser Straße 44  
10119 Berlin

Tel: 030 – 54 98 98 – 0  
Fax: 030 – 54 98 98 – 22

[redaktion@transparency.de](mailto:redaktion@transparency.de)  
[office@transparency.de](mailto:office@transparency.de)  
[www.transparency.de](http://www.transparency.de)

 [@transparency\\_de](https://twitter.com/transparency_de)  
 [TransparencyDeutschland](https://www.facebook.com/TransparencyDeutschland)